

Gürtel Volkssbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der „Gürtel Volkssbote“ erscheint täglich abends unter den Gom- und Gestalten mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannishof 50, und die Post zu begleichen. Preis vierpfenniglich MA, 1,60. Monatss. 4,80. Veröffentlichungsz. Nr. 4088 a, 6. Nachtrag.

Die Ausgabegebühr beträgt für die übergehaupte Pauschale über deren Name 15 Pf., für Veranlassungs-, Arbeits- und Wohnungsausgaben nur 10 Pf., auswärtige Einzelgen 20 Pf. Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgen-Mittag in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2.

Dienstag, den 3. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Vierter eine Beilage.

Wer kann kochen?

H. E. Hei, das ist wieder ein Vergnügen für die scheinheiligen Moralprediger in der spießbürglerischen Presse! Haben da einige Fabrikinspektoren die Mittheilung gemacht, in ihren Bezirken seien die Arbeiterfrauen durchgehend nicht fähig, eine angemessene und schmackhafte Kost zu bereiten. Da kann man den Arbeitern an der Hand amtlichen Materials leicht die Leviten lesen. Sie sind selbst Schuld an ihrer schlechten Ernährung; ihre Frauen sollen die Kochkunst studiren, die gewisse „Arbeiterfreunde“ geschrieben haben und worin das große Geheimnis verrathen wird, wie eine Familie von fünf Köpfen mit einer Mark täglich „gut und billig“ ernährt werden kann. Über die Arbeiterfrauen fröhnen ja nur der Puzzucht, lassen dem Vergnügen nach und mischen sich auch ganz unbefugter Weise in politische Dinge, wozu sie eigentlich gar kein Recht haben. Da sieht man eben den „demoralisirenden Einfluss der Sozialdemokratie“ und so weiter und so weiter.

Nun, wir wissen nicht, ob die Fabrikinspektoren, die doch auch nur durch dritte Personen über die Zustände in den Arbeiterhaushaltungen informirt worden sind, mit ihren Mittheilungen das Richtige getroffen haben. Diese Herren, namentlich soweit sie aus inaktiven Offizieren bestehen, pflegen nur in den seltensten Fällen selbst „zum Volk herniederzusteigen“ und dessen Beschwerden und Leiden zu untersuchen. Nehmen wir an, es sei richtig, daß in gewissen Bezirken die Arbeiterfrauen „durchweg“ unfähig seien, eine nahrhafte und angemessene Kost zu bereiten, so wollen wir zunächst fragen, woher diese Erscheinung kommt. Nun, in neunundneunzig unter hundert Fällen daher, daß die Arbeiterlöhne es nicht ermöglichen, die zu einer angemessenen und nahrhaften Kost erforderlichen Materialien zu beschaffen. Wenn so viele Arbeiter von Kaffee und Kartoffeln, oder von Kaffee und Brod leben, so kommt das nicht daher, daß die Arbeiterfrauen kein Stück Fleisch braten können. Man kann da leicht die Probe auf das Exempel machen, indem man eine entsprechende Lohn erhöhung eintreten läßt. Da wird man gleich sehen, daß die Arbeiterfrauen eine angemessene und nahrhafte Kost liefern können. Aber — nun, der Rest ist Schweigen.

Es gehört eine gewisse Herzenshärte, die aber bei der spießbürglerischen Presse den Arbeitern gegenüber immer vorhanden ist, dazu, die Berichte der Fabrikinspektoren zur Herabsetzung der Qualifikation der Arbeiterinnen als Hausfrauen zu verwerthen. Man bedenkt gar nicht, was es heißt, mit einem elenden Lohn bei den heutigen Lebensmittelpreisen die Belastigung für eine Familie zu beschaffen. In Hunderttausenden, ja Millionen von Arbeiterfamilien muß die Frau selbst in die Fabrik gehen oder sonst sich einen Erwerb suchen, weil der Lohn des Mannes zur Erhaltung der Familie nicht ausreicht. Da sollte man doch die bekannten spießbürglerischen Gemeinplätze sparen.

Aber drehen wir einmal den Spiegel um. Bekanntlich führen sich die herrschenden Klassen den Arbeitern gegenüber auf die konservative Gesinnung und auf die Rückständigkeit des Bauernthums. Können die Frauen der Bauern vielleicht besser kochen, als die Frauen der Arbeiter? Wir bestreiten das auf das Allerentschiedenste. Aber noch nie haben bürgerliche Blätter die Behauptung aufgestellt, daß da, wo die Bauern sich schlecht und ungenügend nähren, die mangelhafte Kochkunst der Bauernfrauen daran Schuld sei. Das ist kein Zufall, sondern hat seinen guten Grund. „Bruder Bauer“ mit seinem Ordnungsfanatismus ist eben eine „Stütze der Gesellschaft“ und mit seiner Frau muß man sich gut stellen, wenn man bei den Wahlen seine Stimme haben will; die darf man bei Leibe nicht tränken.

Und wie steht es mit der Kochkunst der Frauen der oberen Bevölkerung? Offiziell und offiziös werden dieselben „durchweg“ als vortreffliche Hausfrauen gepriesen, namentlich bei den Festen der Bourgeoisie. Allein, sollten die vielen Witze der „Fliegenden“ und anderer humoristischen Blätter, die sich auf die mangelhafte Kochkunst bürgerlicher und „vornehmer“

Gattinnen beziehen, ohne jeden thatsächlichen Untergrund sein? Das ist doch wohl kaum anzunehmen.

Den Frauen der Bourgeoisie und des Adels bleibt bekanntlich vor Toilettemachen, Besuchen empfangen und erwiedern, Spazieren gehen oder fahren, Theater, Bälle, Konzerte und andere Vorstellungen besuchen, gar keine Zeit übrig, sich um die Küche zu kümmern, selbst wenn sie es wollten. Zwar haben diese Frauen fast alle „kochen gelernt“, allein das gehört zum Scheinweisen, das in den herrschenden Klassen so läppig emporwuchert.

Die vornehmsten Familien haben ihre berufsmäßigen Köchinnen oder Köche und die eigentlichen Träger der Kochkunst sind fast durchweg meistens proletarische Elemente und nicht etwa die Frauen der Bourgeoisie oder des Adels. Wie oft kommt es vor, daß eine Tochter einen Arbeiter heirathet und daß ihr Abgang von der „Herrschaft“ tief bedauert wird, weil sie so gut kochen kann und weil sie es versteht, selbst die verhöhlten Gaumen moderner Lebewesen noch angenehm zu versorgen. „Sie hätte doch bleiben sollen, sie hatte es so gut“, heißt es dann, weil die herrschenden Klassen sich nicht denken können, daß eine Proletarierin die Hausgemeinschaft mit dem Mann ihrer Liebe der Klüchensklaverei in einem „feinen“ Hause vorzieht, selbst wenn es in ihrer Familie schmale Bissen gäbe.

Eine solche Arbeiterfrau kann gewiß „angemessene und nahrhafte Kost“ liefern. Aber wenn ihr Haushaltsgeld es nicht erlaubt, Fleisch zu kaufen, dann kann sie keinen Braten machen, und aus Kartoffeln und Kaffee kann man mit der idealsten Kochkunst keine angemessene Nahrung für einen schwer angestrengten Arbeiter bereiten.

Mit all den Medenarten über die angebliche Unfähigkeit der Arbeiterinnen, ihren häuslichen Obliegenheiten nachzukommen, sucht man sich nur um die leider nur zu feststehende Thatsache herumzubrünnen, daß die Arbeitsschönheit durchweg nicht ausreichend, dem Arbeiter eine genügende Ernährung zu ermöglichen. Namentlich in der Epoche der gesteigerten Lebensmittelpreise und der Fleischtheuerung sollte man sich zweimal bedenken, ehe man eine ganze Klasse von Menschen, die wahrlich im Kampf um das Dasein keine Riesen zu pflücken vermögen, mit Beschuldigungen heimsucht, die garnicht begründet sein können. Gewiß gibt es Arbeiterinnen, die nicht kochen können. Aber dies so verallgemeinert anzusehen, hat man gar kein Recht; da halte man sich doch sicher an die Worteupphorien der „guten Gesellschaft“, denen jede häusliche Arbeit ein Greuel ist und die nur dem Vergnügen und dem Nichtstun leben.

Politische Mundart.

Deutschland.

Die Postvorlage, welche soeben dem Bundesrat zugegangen ist, fordert ebenso, wie die im vorigen Jahre unerledigt gebliebene Vorlage die Erhöhung des Höchstgewichts der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm, sowie die Ausdehnung des Postregals auf die Besförderung geschlossener Briefe innerhalb ein und desselben Ortes. Neu hinzugekommen in der Vorlage ist die Reform des Beitragszettels. Dieselbe baut sich so auf, daß der bisherige alleinige Grundsatz, die Post für die Besförderung von Zeitungen zustehenden Gebühren nach Prozentsätzen der Abonnementsbeträge zu berechnen, fallen gelassen worden ist. Neben dieser Bemessung sollen auch das Gewicht und die Häufigkeit des Erscheinens der Zeitungen in Betracht gezogen werden. Um einen Ueberschlag nach allen Richtungen bezüglich der finanziellen Wirkung der geplanten Reform zu geben, sind verschiedene Eventualostenanschläge beigegeben worden. Die „Post“ spricht davon, daß die Schwierigkeiten in Betreff der Entschädigungen der Privatpostanstalten „durch das Entgegenkommen des Reichspostamts gehoben“ seien, und die „Entschädigungsfrage eine alle Theile befriedigende Lösung erhalten“ hat; worin die Lösung aber besteht, verschweigt die „Post“.

Flotte Propaganda in der Justiz. Wie der „Volkszeitung“ mitgetheilt wird, hat der Kammergerichtspräsident Dr. Reinmann an sämtliche Landgerichtspräsidenten einen in seiner Eigenschaft als „Kammergerichtspräsident“ unterzeichneten, also amtlichen Erlass gerichtet, durch den aufgesordert wird, „dem deutschen Flottenverein beizutreten“; die Landgerichtspräsidenten haben die Vorlegung an

sämtliche Gerichte beauftragt. — Also Flottenbegeisterung auf Kommando! Wie verzweifelt muß es um die Sache der Marineenthusiasten stehen, wenn schon zu solchen Mitteln gegriffen werden muß.

Impfgesetzliches. Entsprechend dem Bundesratsbeschuß vom 16. Juni 1897 ist vom Reichsamt des Innern eine Sachverständigenkommission zur Prüfung der Frage beauftragt worden, ob und inwieweit etwa noch dem jetzigen Stande der Wissenschaft und der auf dem Gebiete des Impfswesens gemachten praktischen Erfahrungen eine Revision oder Ergänzung der zum Vollzuge des Impfgesetzes ergangenen Bestimmungen angezeigt erscheint. Die Kommission ist aus Vertretern der medizinischen Wissenschaft und Praxis, sowie aus Beamten der hauptsächlich beteiligten Verwaltungsbressors zusammengesetzt worden. Auch sind Aerzte aus den Reihen der Impfgegner zugezogen worden, um auch deren Auffassungen mit zur Überprüfung kommen zu lassen. Die Kommission hat eine Anzahl von Ergänzungen und Änderungen der bestehenden Vorschriften zum Impfgesetz vorgeschlagen. Es soll insbesondere eine Erhöhung des Schutzes gegen schädliche Nebenwirkungen der Impfung herbeigeführt werden. Als dringend erwünscht hat es die Kommission bezeichnet, daß zu den Impfungen im Inland ausschließlich Syphilis aus staatlichen Anstalten verwendet wird. Außerdem wurde anerkannt, daß es eine Härte wäre, wenn die privaten Impfinstitute aufgehoben würden. Man will sie bezüglich ihrer Einrichtungen und ihres Betriebes den gleichen Bestimmungen unterwerfen, welche in Zukunft von den staatlichen Anstalten zu erfüllen sind. Nachträglich sind von Mitgliedern der Commission noch zwei Zusätze zu dem Entwurfe von Verhaltungsvorschriften für die Angehörigen der Ectimpflinge befürwortet worden. Der eine dieser Zusätze, durch welchen ausgesprochen wird, daß die erfolgreiche Ectimpfung deutlich sichtbare Narben hinterläßt, bezweckt, Täuschungen durch Scheimpfungen vorzubeugen. Durch den anderen Zusatz soll der Schutz der Impflinge gegen Wundinfektionskrankheiten erhöht werden. Die Angehörigen der Impfplinge sollen durch einen besonderen Hinweis auf diese Gefahr aufmerksam gemacht werden. — Diese Ergebnisse sind wenig befriedigend. Weßhalb schlägt die Commission nicht die Aufhebung des Impfzwanges vor?

Über die zweijährige Dienstzeit heißt es in einem Artikel des „Militär-Wochenblattes“ zum Jahreswechsel:

Beim Rückblick auf das vergangene Jahr und die in ihm entwickelte Thätigkeit können wir nur wiederholen, was in dem gleichlautenden Artikel vor Jahresfrist gesagt wurde: „Die Arbeit im Heere besteht hauptsächlich in dem Bemühen, durch erhöhte, intensivere Thätigkeit die Mängel der zweijährigen Dienstzeit auszugleichen.“ Die Ansichten im Heere, ob dies gelingen wird, gehen noch vielfach auseinander. Während die einen rundweg verneinen, daß es gelingen werde, bei der zweijährigen Dienstzeit die Schlagsfertigkeit des Heeres auf derselben Höhe wie früher zu erhalten, und besonders betonen, daß sich dies namentlich bei der Einziehung der Reserven und Landwehr von zweijähriger Dienstzeit zeigen werde, glauben wieder Andere, daß bei richtiger Ausübung der zweijährigen Dienstzeit sich sehr wohl eine geübtige Ausbildung der Führer und Mannschaften erreichen lasse.

Über die folgenden Bedingungen, unter denen sich diese Ausbildung in zwei Jahren erreichen läßt, sind sich ziemlich alle einig: 1. Die Mannschaften müssen während einer zweijährigen Dienstzeit auch wirklich vollständig zur Versorgung der Truppe stehen. Also alle Abkommandierungen, die keinen Werth für die Ausbildung zum Kriege haben, müssen fortfallen. Die in Folge von Abkommandierung mangelfhaft Ausgebildeten fallen jetzt bei den Reserve- und Landwehrübungen unanerkennbar auf. Bei der zweijährigen Dienstzeit wird dies demnächst noch mehr hervortreten, und die Zahl dieser mangelfhaft Ausgebildeten wird so wachsen, daß die Schlagsfertigkeit namentlich der Reserve und Landwehr empfindlich leidet. Deshalb ist bei der zweijährigen Dienstzeit das Aufsehen der Abkommandierungen eine größere Notwendigkeit wie bei der dreijährigen Dienstzeit. 2. Die Truppen müssen auf einen höheren Stat gebracht werden, wie er theils schon eingeführt ist, theils angebahnt wird. Dementsprechend muß auch ein höherer Stat von Vorgesetzten vorhanden sein und alles geschehen, um den Zugriff zur Unteroffizierschare zu fördern. 3. Für jede Garnison müssen genügende Übungsplätze zum Schießen und Gefecht zur Verstärkung stehen. Die niets vermehrten und besser ausgestatteten größeren Übungsplätze haben nach dieser Richtung ihr schon Vorzügliches geleistet, aber vollständig gelingen sie noch immer nicht.

Daher derartige Ausführungen mit erheblichen Mehrforderungen schließen würden, war vorzusehen. Für solche Mehrforderungen haben sich auch Gründe gefunden, bemerklich treffend die „Volksitz.“, als wir noch überflüssigerweise die dreijährige Dienstzeit hatten. Aber im Punkte der Abkommandierungen und

der daraus erwachsenden Schwierigkeiten hat der Artikel des militärischen Fachblattes unzweifelhaft Recht. Die (mindestens) 30 000 Wurfschen, welche alljährlich dem Frontdienst entzogen werden, um vielfach als Stütze der Haushalte und als Ersatz für das weibliche Dienstbotenpersonal Verwendung zu finden, sind ein lebender Beweis dafür, daß die zweijährige Dienstzeit offenbar noch zu lang sein muß, andernfalls könnten solche Abkommandierungen nicht aufrecht erhalten bleiben. In dies Kapitel fällt auch die Verwendung von Soldaten zu Erntearbeiten, zu Treibjagden und ähnlichen Belehrungen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Frage gesetzlich im Parlament erörtert werden wird. Zeigt, daß die neue Militärvorlage 28 000 Mann mehr verlangt, ist die trefflichste Gelegenheit dazu gegeben.

Der Anhänger von der preußischen Ausweisungspolitik hat das konsumirende Ausland. In welcher Weise man im Auslaufe sich bereits anschickt, die Situation auszunehmen, zeigt eine Korrespondenz des Amsterdamer "Handelsblad", welche die holländischen Kaufleute darauf aufmerksam macht, daß der augenblicklich besonders günstig für die Konkurrenten des deutschen Handels ist, um die unterbrochenen dänisch-deutschen Handelsbeziehungen aufzunehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Einführung aus Deutschland im Jahre 1897 86 Millionen Gulden betragen habe, und im Anschluß daran werden die aus Deutschland eingeführten Artikel nach ihrer Menge und den Zollsätzen aufgezählt. Nach einer Besprechung der besten Verkehrswege und Mittel zu Wasser und zu Land schließt der Bericht wie folgt:

"Die Wohlfahrt in Dänemark ist ziemlich groß und sehr verbreitet, und der Verbrauch ist dem entsprechend. Das Kreideweizen ist als ausreichend und gut geordnet zu bezeichnen. Die Hauptmärkte werden gut verwaltet und durch sie kann man genügend und unparteiische Auskünfte über die Zahlungsfähigkeit und Ehrlichkeit der Käufer erhalten."

Dieser Aufruf an den holländischen Handel ist symptomatisch. Ein so sorgfältig vorbereitetes Ausfuhrgebiet für einen Absatz von etwa 147 Millionen Mark ist freilich werthvoll und belohnt der Anstrengung, es zu erwerben.

Was es mit der angeblichen Not der Landwirtschaft auf sich hat, erzählt ein pommerischer Großgrundbesitzer, Herr Philipp Brinkhoff, in einer soeben erschienenen Schrift, die den Titel führt „Landwirtschaftliches und Etwa für Alle.“ Der Verfasser ist bei Leibe kein liberaler Mann, sondern ein in der Wölfe gefärbter Realist, aber gegen die landbündlerische Agitation und ihre maßlosen Uebertreibungen macht er entschieden Front. Eine landwirtschaftliche Notlage, wo eine solche vorhanden sei, so führt er aus, beruhe nur auf unzureichender Vorbildung für den Landwirtschaftsbetrieb oder darauf, daß dieser mit unzulänglichen Betriebskapital unternommen worden, wo aber mit dem erforderlichen landwirtschaftlichen Wissen, mit dem üblichen Kapital und der in jedem Gewerbebetrieb unerlässlichen persönlichen Hingabe intensiv gewirthschaftet werde, sei der Ertrag zufriedenstellend. Daraan knüpft er folgende Mahnung:

"Uns deutschen Landwirthen liegt es, mit Hilfe unserer täglich sich entwickelnden Wissenschaft möglichst viel zu produzieren, damit wir wenig zu importiren brauchen und somit unabhängig sind. Zum Beweise, daß es seine soße Bedeutung ist: „mit Hilfe unserer täglich sich entwickelnden Wissenschaft möglichst viel zu produzieren“, führe ich aus meiner eigenen Praxis an, daß ich vor drei Jahren, als ich mein Gut lantete, von einer Ackerfläche, die nicht ganz tausend preußische Morgen umfaßt, annähernd sechzig Tonnen Getreide verkaufte, im letzten Jahre waren es annähernd dreihundert Tonnen und noch zwischen sechzehn bis siebzehn Tausend Centner Zuckerrüben."

Das Gut von dem dies berichtet wird, soll sich, wenn die „Nat. Ztg.“ recht berichtet ist, vorher im Besitz eines konservativ-agrarischen Reichstagsabgeordneten befunden haben, der seine Wahl den Schlagworten von der Not der Landwirtschaft verdankt.

Den angeblich zunehmenden Kontraktbruch ländlicher Arbeiter will die Landwirtschaftskammer mehr für die Provinz Brandenburg im „großen Stil“ bekämpfen. Sie hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Die große Zunahme des Kontraktbruches landwirtschaftlicher Arbeiter und Dienstboten zwinge zu der Annahme, daß die bestehenden Gesetze zur wirklichen Bekämpfung des Kontraktbruches nicht ausreichen, und daß es in absehbarer Zeit zum Erlös schärferer Strafbestimmungen kommen wird. Bis dahin aber müssen die Landwirthe mit dem Gesetze vom 24. April 1854, daß den Kontraktbruch mit Geldstrafe bis zu 15 Mt. oder mit Haft bis zu drei Tagen belegt, auszutrommen ver suchen; eine erkennbare Wirkung wird aber nur dann eintreten können, wenn alle durch Kontraktbrüche geschädigten Arbeitgeber innerhalb der zulässigen Antragsfrist von 14 Tagen Strafanzeige erstatten. Um eine allgemeine und gleichmäßige Verfolgung des Kontraktbruches in die Wege zu leiten, hat die Landwirtschaftskammer Formulare für die diesbezüglichen Strafanzeige drucken lassen, welche sie auf Ansuchen unentgeltlich zur Verfügung stellt. Wir ersuchen daher alle Landwirthe bei vor kommenden Kontraktbrüchen, dieselben unter genauer Angabe ihrer Adresse sofort der Landwirtschaftskammer mitzutheilen. Die Zuwendung der Formulare nebst Anweisung wird dann mit wendender Post erfolgen.“

Die Mühe, für die behauptete große Zunahme der Zahl der Kontraktbrüche den Beweis zu erbringen, sparen sich die Junker. Nach Bismarck'schem Muster gehen sie mit gedruckten Strafanträgen vor, um Material zu schöpfen, welches die Notwendigkeit schärferer Strafbestimmungen erweisen soll. Über die Art, wie Arbeiter durch schlichte Behandlung, ja durch unerhörte Peinigung zum Kontraktbruch getrieben werden, wird dieses Material natürlich nichts enthalten.

Militarismus und Kultur. Wie berechtigt die Klagen darüber sind, daß im Deutschen Kaiserreich der Militarismus

allen Kulturaufgaben die Mittel vor dem Munde wegsiebt, zeigt wieder das Schicksal der vielversprochenen Schulebauten gegen Hochwasser gefahren. Für den Militarismus sind in mehr Gelder flüssig und unsere „Staatserhaltenden“ glauben noch Ursache zu haben, die Bescheidenheit der Militärverwaltung zu preisen, weil sie in der neuesten Militärvorlage „nur“ 28 Millionen jährlich mehr fordert und „nur“ 132 Millionen einmalig aufwenden will. Wie steht es aber mit den Geldern für die Abwendung von Hochwassergefahren? Nach sachmännischer Schätzung wären im Ganzen ungefähr 150 Millionen nötig, die sich auf einige Jahre verteilen. Voranschläge, die im preußischen Staatsministerium gemacht wurden, erreichten nicht die Hälfte dieser Höhe — die Regierung, so hieß es, wolle 60 Millionen für Wasserbauten verbringen. Jetzt heißt es, daß auch dies der Regierung noch bei Weitem zu viel ist: sie will nicht mehr bewilligen als 30 Millionen! Das ist ein Fünftel dessen, was nach dem Urteil der Fachmänner erforderlich ist. Die Arbeiten werden also ungenügend sein und die Überschwemmungen werden fort dauern. Werde man die 160 Millionen, die für den Militarismus neu aufgewendet werden sollen, zur Bekämpfung der Hochwassergefahren auflegen, dann könnte ganze Arbeit gemacht werden und dem Lande würden für die Zukunft unermöglich Verluste erspart bleiben. Aber die Kulturarbeit mag warten, wenn wir nur das „herrlichste Kriegsheer“ haben.

Der Großherzog von Baden und die Sozialdemokratie. Über die Sozialdemokratie und die soziale Frage hat sich der Großherzog von Baden vor einiger Zeit geäußert, wie Dagobert von Gerhardt (Gerhard Augustos), der dem preußischen Hofe nahestehende ehemalige Offizier und Schriftsteller, in einer ähnlich erschienenen Schrift mittheilt. Danach hat der Großherzog von Baden Folgendes gesagt: „Nichts ist verkehrter, als den Sozialdemokraten bei Bekämpfung der Doktrinen nur als ihr höchstes und leidenschaftlichster Feind gegenüberzutreten. Man muß als ihr wohlwollender Helfer auftreten und kann dann um so wirksamer das Verlehrte ihrer Forderungen bekämpfen. Es sind Menschen wie wir, und sie wollen, wie wir, als Menschen leben, nur die Mittel, die sie zur Erreichung auch ihrer diskutablen Forderungen anwenden wollen, sind höchst und verachtlich. Am verkehrtesten ist es aber, ihnen darum nachzuhmien, daß man im Kampfe gegen sie auch jene Art von Agitation betreibt, die nur Hass und Feindschaft setzt, und in der ihre Wortschärfest geradezu Meister sind; ich begreife die Leute in Berlin nicht, die von solchem Vorgehen das Heil erwarten. Die soziale Frage wird nur durch die freisten Köpfe und die reinsten Herzen aus dem Volke selbst zu lösen sein. Und da werden sich freilich auch unsere oberen Stände gewaltig ändern müssen.“ Diese Aussage des Großherzogs von Baden stimmt schlecht zu der Scharfmacherpolitik, wie sie gegenwärtig überall in Preußen-Deutschland betrieben wird. Auch stimmt sie nicht ganz mit den früheren Neuerungen überein, die Friedrich von Baden über die Sozialdemokratie von sich gegeben hat. Was Se. Königliche Hoheit sonst noch über die Sozialdemokratie und ihre Führer zu sagen geruht, nehmen wir ihm weiter nicht übel, weil er diese Kenntniß doch nicht an der Quelle geschöpft hat.

Lebensalter und konfessionelle Verhältnisse der Reichstagsabgeordneten. Die meisten Abgeordneten haben für das soeben erschienene amtliche Reichstagshandbuch ihr Lebensalter angegeben, so daß hierüber eine vergleichende Statistik möglich ist. Im Jahre 1810 ist nur ein Abgeordneter geboren, der dem Zentrum angehörige Wein-gutsbesitzer Dieder. Zwischen 1811 und 1820 sind 2 Abgeordnete geboren, der dem Zentrum angehörige Dr. Lingenius und der bekannte Freisinnige Dr. Langenhans. Im dritten Jahrzehnt haben ihren Geburtstag 18 Abgeordnete, 83 sind zwischen 1831 und 1840 geboren, 143 zwischen 1841 und 1850 und 119 zwischen 1851 und 1860. Noch 1860 bis 1870 sind 26 Abgeordnete geboren und nach 1870 nur 2. Die jüngsten Reichstagsabgeordneten sind Redakteur Hauss, Elsässer, geboren 1871 und Redakteur Rosenow, Sozialdemokrat, geboren 1871. Durchschnittlich das höchste Lebensalter hat die deutsch-konservative Partei und das Reichspartei und das Zentrum. In der deutsch-konservativen Partei sind nur die zwei niedersburgischen Hospitanten von Malzahn und von Treuenfels später als 1860 geboren. Was die Konfession betrifft, so bezeichnen 1864 Abgeordnete sich als evangelisch (einige darunter als protestantisch); 141 als katholisch oder römisch-katholisch; 41 als evangelisch-lutherisch oder lutherisch oder altlutherisch (Abg. Jacobstötter konf.); 4 als reformiert; 1, der nationalliberale Abgeordnete Deinhard, als altkatholisch. 10 Abgeordnete haben keine Angaben über ihr Religionskenntnis gemacht, darunter die Abg. von Kardorff, Dr. Hermes und Bach-nicke. Ein Abgeordneter, der Freisinnige Jacobsen, bezeichnet seine Religion als den Giebichenischen Anschauungen entsprechend. Von den Sozialdemokraten bezeichnen sich einer als religiöslos, 13 als konfessionslos (meist Norddeutsche), 10 als Dissidenten (meist Mitteldeutsche) und 7 als freireligiös (meist Süddeutsche). 4 bezeichnen sich als mosaisch, 2 als evangelisch, während andere keine die Konfession betreffenden Angaben gemacht haben.

Wozu die preußische Ausweisungspolitik zwingt. An die dänische Rundschau haben die Inhaber zweier bedeutender deutscher Exportfirmen: Bleß u. Söhne, Brandenburg a. H. (Inhaber Handelskammer-Präsident Bleß) und M. Hiller Nachf., Berlin, das nachstehende Birkular verfaßt:

Angesichts der Ausregung, welche sich infolge der Maßnahmen der preußischen Regierung in Schleswig-Holstein des dänischen Volkes bemächtigt hat, erlauben sich die ergebenen Unterzeichnaten daran hinzugeben, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes diese Egregur als vollkommen berechtigt überflaut wird. Es sind nicht nur Handelsreisende, es sind Männer aller Berufsorten, es ist die deutsche Presse mit wenig Ausnahmen, es sind hervorragende Professoren der deutschen Hochschulen, welche euanstig und entsetzt die Härte mißbilligen, mit welcher in Schleswig-Holstein gegen harmlose Leute vorgegangen wird, welche politisch indifferent sind und sich niemals einen Verstoß gegen die Staatsordnung haben zu Schulden kommen lassen.

Auch im deutschen Reichstage ist von verschiedenen Rednern unter dem Beifall der Mehrheit die Angelegenheit zur Sprache gebracht und das Verhalten des preußischen Oberpräsidenten beklagt und als ein solches bezeichnet worden, welches den Frieden und das bestehende freundliche Einvernehmen zwischen den beiden Ländern stören möge. Wir werden gemeinschaftlich mit unseren Freunden und der Mehrheit des deutschen Volkes nichts unverrichtet lassen, um die Abstellung der getroffenen harten Maßregeln herbeizuführen. Sie bezogenen sich ebenso freundlich, dorthin wirken zu wollen, daß das dänische Volk eine Wählstimme gegen die preußische Regierung nicht aus das deutsche Volk überträgt. Hochachtungsvoll ic.

Es ist bezeichnend, daß deutsche Geschäftsmen ihre ausländischen Kollegen wegen der preußischen Politik um Entschuldigung bitten müssen.

Kleine politische Nachrichten. Eine Ehrung ist vom Reichstage seinem langjährigen Alterspräsidenten Christian Dieder erwieisen worden. Der Präsident des Reichstags, Graf Wallenstein, hat den Hinterbliebenen einen Krug überreicht lassen mit der Widmung: „Seinem ältesten Mitgliede Christian Dieder. In treuem Andenken der deutsche Reichstag.“ Den Reichstag ist die Nachweisung der Geschäftsführer und Rechnungsgegenstände der zur Durchführung der Industrialitäts- und Altersversicherung errichteten Versicherungsanstalten für das Jahr 1897 zugegangen. Eine Wieder-aufnahme der Verhandlungen der Antikaristens-Konferenz ist, wie die „Post“, die es ja am besten wissen möchte, mittheilt, nicht in Aussicht genommen. — Die Frage der Auslieferung anarchistischer Verbrecher erörtert Prof. Vanmaas in Wien in der „Deutsch-Zeitung“. Er kommt zu dem Schlus, daß die Gefahr für die Bewahrung eines Alters entfallen, wenn es sich um Straftaten handelt, die zum Zwecke der Vernichtung jeder Ordnung und jeder staatlichen Gewalt begangen werden. Solden Thaten gegenüber habe kein Staat das Interesse über den Beruf, sie um dieses Zwecks willen anders zu behandeln, als dasjenige, was sie ihrem Weise nach sind, als eine eine Verbrecher. — Ungeheure Wahlschande bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Duisburg — er halte u. a. die Stimmzettel geladen, bevor sie in die Wahlurne gelegt werden — sind nach der „Wld. Volkszeitung“ dem Gemeindevorsteher Bottendorf aus Dümpten (Kreis Mülheim a. d. Ruhr) in öffentlicher Gerichtsverhandlung nachgewiesen worden. Gewählt wurde in Duisburg der national-liberale Abgeordnete Müller in der Stichwahl gegen den Kandidaten des Zentrums. — Die Getreide-Gefahr in Deutschland betrug im Monat November 1898 1267091 dz (Doppelzentner) Weizen (gegen 873804 dz im November 1897), 603172 dz Roggen (703106), 207849 dz Hafer (449625), 1795921 dz Gerste (1268131), 151162 dz Mais und Rübsaat (123228), 943818 dz Mais und Dari (940458). In den ersten elf Monaten 1898 betrug die Einföhr für diese Getreidearten: 13815236 dz Weizen (gegen 11018598 im gleichen Zeitraum des Jahres 1897), ferner 8696638 dz Roggen (7885615), 4379154 dz Hafer (5007095), 1023169 dz Gerste (9394728), 1087367 dz Mais und Rübsaat (123546), 14588024 dz Mais und Dari (11612788). — Der deutsche Städte-tag wird am 23. und 24. Januar d. J. in Berlin tagen. Er wird sich r. A. auch mit der Fleischnot beschäftigen. — Der nächstjährige preußische Städte-tag nach den „Berl. Pol. Nachrichten“ informiert einen Abschluß der in dem Aufange der neunzigsten Jahre begonnenen Reorganisation des Fabrikauflösungsweises bringen, als in ihm die Einstellung der letzten damals geschaffenen Stellen für Gewerbeinspektoren verlangt werden soll. — Abgelehrte Gradenegeschüe. Bekanntlich hatten vor einiger Zeit die Schule Seele, Hilpert und Lehmann aus Düsseldorf die Gewerbeinspektionen verlangt, welche wegen hoher Misshandlung und Freiheitsberaubung zweier Jungen zu längeren Gefängnisstrafen verurtheilt worden waren, dem Kaiserlichen Hauptquartier in Potsdam ein Beschwerdebrief um Prüfung ihrer Angelegenheit überreicht. Das Gesuch ist jetzt abschlägig beurtheilt worden. Seele und Lehmann haben daher im Gerichtsgefängnis zu P. Stargard ihre Strafe antreten müssen; Hilpert, der dritte Anwälte, ist kurzlich verstorben. — Ferner wird mitgetheilt: Zwei Postbeamten in Saalfeld i. Th. war kürzlich ihre Stellung gefährdet worden, weil sie dem Organ des Postklassistenvereins, der „Deutschen Postzeitung“, den Saalfelder Stundenplan mitgetheilt hatten. Beide wandten sich mit einem Gradenegeschüe an den Kaiser, doch wurde es abschlägig beschieden, so daß es bei der Lösung des Dienstverhältnisses bleibt. — Das neuere Amtsblatt der königl. Regierung zu Schleswig enthält wieder eine Liste von 31 Personen, die weil lästig gefasst, aus dem Staate ausgewiesen worden sind. Darunter befinden sich 22 dänische und 2 schwedische Staatsangehörige, unter denen 7 Dänen und 7 Dänen sind. Das sind die gefährlichen Agitatoren, die das „Deutschthum“ gefährden. — Nach der letzten Landtagswahl wurde in Lingen ein nationalsozialer Verein gegründet. Jetzt erwägt man, ob es nicht besser sei, dem Vereine den Namen „Bürgerverein“ zu geben, da durch die ambere Bezeichnung sich viele abhalten lassen würden, ihm beizutreten. Der nationalsozialistische Name scheint also nicht mehr besonders in Lingen zu ziehen. — Unser östliches Bruderblatt, der „Vantl“, der unter der brutalsten Censur steht und alle Augenblicke beschlagnahmt wird, schreibt zu dem Narrenfest in Schwedt vorsichtig aber deutlich, er sei zwar überrascht, daß die Begradigung so ausgeblieben sei, erklärt aber, der Strafnachlass genüge nicht, die Agitation werde nicht eher aufhören, bis auch völlige Amnestie für alle gewährt sei. Die Regierung, die schon theils nachgegeben, werde dem Druck der öffentlichen Meinung nicht standhalten können. — Die rumänische Kammer nahm einstimmig den Gesetzentwurf über die Verlängerung des Handelsübereinkommens mit Bulgarien um ein Jahr und ferner mit 79 gegen 14 Stimmen einen Gesetzentwurf an, durch den das Gesetz über die Ausbeutung der Bergwerke abgeändert wird.

Oesterreich-Ungarn.

Das letzte Werk der Einheitlichkeit der österreichischen Monarchie, die Armee, ist, wie schon mancherlei Anzeichen lehrten, vom Nationalitätenstreit erfaßt. In czechischen Kreisen scheint man diesen Streit jetzt systematisch führen zu wollen. Wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, sandten die czechischen Bürgermeister und Gemeinde-

vorstände des Bezirks Libochowic in Böhmen eine Erklärung an die Bezirkshauptmannschaft, worin es heißt: „Wir dulden bei Kontroll-Gesammlungen keine Verleidigungen der tschechischen Sprache und verweigern sofort unsere Mithilfe, wenn die sich meldenden sich einer ihnen und uns unverständlichen Sprache bedienen würten. Wir werden auch von nun an weder von militärischen Behörden noch von staatlichen Ämtern Zuschriften in deutscher Sprache entgegennehmen; vielmehr jede derselben abweisen. Wir erüthren die Bezirkshauptmannschaft, diese unsere Einschätzung den Militärbehörden mit dem Wunsche bekannt zu geben, daß sie in unsre Gemeinden nur Rechte entstehen mögen, die der tschechischen Sprache mächtig sind. Schließlich geben wir die Erklärung ab, daß falls unseres Vorberungen bis 1. März nicht entsprochen werden sollte, wir daraus alle gesetzlichen Konsequenzen ziehen werden, zu denen uns auch unser nationales Stolz und unser nationales Ehrgefühl zwingen.“

Der Konflikt. Österreich-Ungarn ist mit dem Neujahrsstage in eine Periode der inneren Politik getreten, die voll des schwersten Gesühns für die Zukunft der Habsburgischen Doppel-Monarchie ist. In Folge der heftigen Parteizwistigkeiten, die an sich schon symptomatisch für die schwere Krankheit des Staatskörpers sind, hat das Funktionieren der Verfassung mit dem Neujahrsstage aufgehört und sowohl dieses wie jenseits des Reichs beginnt eine Epoche des Minister-Absolutismus. Am Sylvester vor öffentliche die amtliche „Wiener Blg.“ ein kaiserliches Handschreiben, das bestimmt, daß das Quotenverhältnis für die Dauer des Jahres 1899 unverändert aufrecht erhalten bleibt; ferner kaiserliche Verordnungen auf Grund des § 14, betreffend die Verlängerung des Post- und Handelsabkommen, sowie des Verhältnisses zur österreichisch-ungarischen Bank bis zum 31. Dezember 1899, ferner betreffend den Central-Rechnungsbuchstempel pro 1898, betreffend ein dreimonatliches Budgetprovisorium und endlich, betreffend die Notstands-Unterstützungen bis zum 31. Januar von 1600000 Gulden. Für Österreich besteht für diese Maßnahmen wenigstens ein Schein von Recht in dem bekannten § 14, obwohl dieses „Recht“ thutwidrig die unerhörteste Ungesetzlichkeit ist, zumal das Abgeordnetenhaus anerkanntemöglich eigen zu diesem Zweck vertragt wurde, um den § 14 anzuwenden zu können, der verfassungsmäßig nur für drohende Notfälle bestimmt ist, die eintreten, wenn das Parlament zufällig nicht versammelt ist. In Ungarn hat man nicht einmal diesen Schein von Recht, sondern geht ungesetzlich vor. Das Amtshandbuch der ungarischen Regierung veröffentlicht ebenfalls ein Handschreiben des Monarchen, wonach durch Entscheidung des Königs das Quotenverhältnis zu den gemeinsamen Ausgaben für das Jahr 1899 unverändert bleibt. Damit wird ein unverhüllt gesetzlicher Zustand geschaffen. Die Opposition ist dieserhalb sehr erregt und gedenkt nunmehr, im ganzen Lande eine Widerstandsbewegung wegen bez von der Regierung herbeigeführten Verfassungsbrüchen zu inszenieren. Im Abgeordnetenhouse will die Opposition einen Antrag auf Vernehmung der Regierung in den Anklage zu stünd einbringen.

England.

Das Verbot des Streikpostenstechens. Zum Frühjahr 1896 brach im Ledergeschäft der Firma Lyons u. Söhne in Redcross Street in London ein Aufstand aus, da die Arbeiter höhere Löhne und Einschränkung der durch Knaben verrichteten Arbeit verlangten. Die ausständigen Arbeiter stellten zwei Posten in der Nähe der Fabrik auf, die von Zeit zu Zeit abgelöst wurden. Diese Streikposten waren mit ausdrücklichen Weisungen versehen und hatten auch einen Absatz des Gesetzes, das das Postenstechen in Aufständen behandelt. Die Streikposten trugen gebrückte Karten mit der Mitteilung, daß in der Fabrik Lyons ein Aufstand bestünde, und deshalb keine Arbeit dort gesucht werden solle. Diese Karten wurden den Arbeitsuchenden eingehändigt und kein einziger Fall von Einschüchterung oder Gewaltthätigkeit kam vor. Im Gegenteil hat der Advokat der klagenden Firma zugegeben, daß das Betragen der Streikposten ein durchaus friedliches gewesen sei. Gleichwohl hat das Königgericht auf die Klage der Firma Lyons hin ein vorläufiges Verbot gegen das Streikpostenstechen erlassen, und der Richter Byrne hat dies Verbot bleibend gemacht. Als die Lederarbeiter durch ihren Vorsteher Percy Willins gegen dies Verbot Berufung eingeliert, bestätigte das Urtheil des Obergericht den von Richter Byrne gemachten erstaunlichen Entschied. Damit werden die Zustände des Jahres 1871 wieder hergestellt, als ein Gesetz erlassen wurde, welches das Bewachen eines Geschäftsstalls, wo ein Aufstand im Gange war, zum Criminalverbrechen stempelte. Gegen diese gesetzliche Verstüfung haben damals die Arbeiter energisch Einsprache erhoben, und der Sturz des Kabinetts Gladstone 1874, das für diese gesetzliche Ungerechtigkeit verantwortlich war, wird von vielen auf die Entrüstung der Arbeiter über jenes Gesetz zurückgeführt. Sicher ist, daß das konervative Kabinett Benjamin Disraelis sich beeilte, das Gesetz von 1871 abzuschaffen, und 1875 trat das von dem jetzigen Lord Cross ausgearbeitete Gesetz in Kraft, worin ausdrücklich bemerkte wurde, daß das Umstellen eines Hauses zum Zweck, Mittheilungen zu machen oder Informationen einzuziehen, nicht eine strafbare Handlung sei. Da der Rechtsanwalt der klagenden Partei gegen die Aufführung der Streikposten nichts einzuwenden hatte, kann man nicht begreifen, weswegen die Richter das Streikpostenstechen der zwei Lederarbeiter verboten haben. Es ist leicht einzusehen, daß auf Grund dieses Urtheils überhaupt alles Streikpostenstechen auf alle Seiten unmöglich gemacht werden kann; die Garantie des Gesetzes von 1875 ist gänzlich zu nichts geworden. Der Prozeß hat bis heute den Gewerbeverein der Lederarbeiter allein 16000 Mark gekostet. Dieser Gewerbeverein ist entschlossen,

den Fall vor die höchste Instanz im Reich, das Haus der Lords, zu bringen. Das wird eine abermalige Abgabe von mindestens 16000 Mk. verursachen. Da die Grundrechte aller Gewerbevereine durch den Entschied des Obergerichts in Frage gestellt werden, hat sich Sam Wood, der Schriftführer des parlamentarischen Ausschusses des Gewerbevereinslongresses, an alle Gewerbevereine gewendet, um den 350 Lederarbeitern die Mittel zu liefern, die Sache und somit die Rechte aller Arbeiter vor dem höchsten Gericht zu verfechten.

Frankreich.

Der Dreyfussaffaire. Nach dem „Temps“ ersuchte der Cassationshof die Regierung, eine Anzahl Fragen nach Cayenne zu telegraphiren, die durch einen dortigen Richter Alfred Dreyfus zur Beantwortung vorzulegen sind. Die Fragen betreffen bestimmte Einzelheiten, worüber der Cassationshof vom Verhör Dreyfus' Aufklärung erwartet. — Ein Barister Platt, die „Volonté“ meldet, der Cassationshof habe verschiedene Personen aus der Union franco-Esterhazys vernommen, u. a. dessen Geliebte, Madame Voys, deren Aussagen schweren Beweise für die Schuld Esterhazys ergeben hätten. Fräser soll Madame Voys eingestanden haben, daß sie in Esterhazys Auftrage die bekannten Depeschen zur Überführung Picquarts untergeschrieben „Speranza“, abgesondert habe. Auch über Esterhazy's Verkehr mit Offiziären des Generalsstabs hat sie Erklärungen gegeben. — Wie in der „Röhn. Blg.“ versichert wird, soll der geheime Dossier, der dem Cassationshof vorgelegt wurde, gegen 1000 Seiten enthalten. Diese beziehen sich natürlich nicht alle unmittelbar auf die Dreyfus-Sache. Eine große Anzahl betrifft andere Angelegenheiten, die das Nachrichten-Bureau untersucht hat, aber sie waren unerlässlich wegen ihrer gemeinsamen Herkunft, welche die Echtheit der Schrifstücke aus geheimen Aktenmaterialien beweist.

Der Zwischenfall Voed-Picquart, der von der nationalen Presse stark aufgebaut worden war, hat zu einer amtlichen Untersuchung geführt, deren Ergebnis bereits feststeht. Der Justizminister ist zu der Ansicht gelangt, daß dieser Zwischenfall seinerseits die Bedeutung hat, die ihm die Dreyfus feindliche Presse beigelegt hat. — Eine Note der „Agence Havas“ bezüglich der angeblichen Euchtschichten des Cassationsrathes Vard mit dem Oberst Picquart belegt nämlich: Schon aus der ersten Prüfung der Thatsachen und der Erklärungen Laekenoy de Maur-paires und Vards ergibt sich, daß die Verbürgeschriften Neuerungen, namentlich die Worte „Meinlicher Picquart“ sowie die Anerkennung hinsichtlich der Aussage des General Vandeveert nicht gefallen sind.

Die antisemitisch-militärische Clique in Paris wird immer rabiater in ihrem Auftreten, je mehr sich der Zeitpunkt nährt, wo das unerhörte Justizverbrechen gegen Dreyfus seine Sühne finden soll. Am Donnerstag beschloß eine von 2000 Personen besuchte Versammlung der Patriotenliga einstimmig, sich mit allen Mitteln der Rücksicht Dreyfus nach Frankreich zu widersehn und an der Abschaffung der Verfassung nach ihrem Erfolg durch ein neues Grundgesetz zu arbeiten, daß Frankreich ein vom Volke unmittelbar gewählter, persönlich verantwortlicher und mit Vollgewalt herrschendes Staatsoberhaupt geben soll. — Die Landesverbände, deren Ehrenvorsitzender Brissone bisher war, erklärte ihn in ihrer gestrigen Jahresversammlung dieses Ehrenamts für verlustig, weil er im Auftrage der Juden das Wiederaufnahme-Versfahren eingeleitet habe. — Die Mißachtung der Antisemitenjünglinge wird Brissone hoffentlich tragen können.

Einen Versöhnungsbund haben mehrere her vorragende Persönlichkeiten, darunter der Akademiker Herzog von Broglie, Brunetiere, Coppee, d'Haussonville, Bemaitie, Heredia und Lavedan gegründet. Die neue „La Patrie Française“ bezeichnete Liga stellt sich die Aufgabe, eine Verhüting der Gemüther herbeizuführen und die durch die Dreyfus-Angelegenheit verursachten Zwistigkeiten beizulegen.

Rußland.

Die neue Gewerbebesteuerung. Mit dem kommenden Januar tritt im Russischen ein neues Gesetz betr. die Besteuerung der Industrie und des Handels in Kraft. Das gegenwärtig geltende Besteuerungssystem ist sehr alten Ursprungs und wurzelt noch in einem Gesetz aus dem Jahre 1824, das bloß 1866 zum Theil reformirt wurde. In Russland mehr als in irgend einem anderen Lande erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Der legislative Konservatismus läßt nie Altes um und sucht nur dem Fortgang der Entwicklung nachzuhinken, indem er auf dem alten Bau immer neue Etagen und Thüren aufzuführt, wodurch dem ganzen rechtlichen Gebäude die bizarrste Form verliehen wird. Die alte Gewerbebesteuerung aus den Anfängen des Jahrhunderts wurde nur durch „additionelle“ Gesetze wiederholt (1884, 1885, 1889, 1892) dem platzgegriffenen Aufschwung der Industrie anbequemt. Die jetzt eingeführte Reform muß als ein neuer, von der ökonomischen Entwicklung in der Gesetzgebung erzwungener Schritt vorwärts betrachtet werden und darin liegt ihre eigentliche Bedeutung. Inhaltlich bezweckt das neue Steuersystem die Heranziehung des gewerblichen Kapitals zur höheren Theilnahme an den öffentlichen Abgaben und wandelt zu diesem Behufe das bisherige System der Gildenpatente, das die Person des Unternehmers zur Basis hatte, in die Besteuerung des Unternehmers je nach ihrer Art und nach der örtlichen Lage um. Dabei

tritt als Ergänzung eine proportionelle Abgabe vom Kapital und vom Steingewinn hinzu. Freilich ging die Regierung in dieser Belastung der Kapitalistenklasse mit äußerster Vorsicht vor: die Kapitalsteuer beträgt nur 0,15 Prozent unter Abzug der vorhin erwähnten direkten Abgabe. Ferner steigt die Steuer vom Steingewinn progressiv von dem 3 prozentigen zum 10 prozentigen Gewinn, indem das unter 3 Prozent stehende Nettoeinkommen steuerfrei bleibt, bei dem 10 prozentigen Gewinn aber bei Gesetzgebung der Alten aufging und sie ein fixes, prozentuelles Verhältnis festsetzte. Am meisten verschont bleiben also — wie immer — die größten Haftige der Industrie und des Handels. Ammerhin wird das neue Steuersystem eine Erhöhung der Gewerbebesteuer von ca. 64 Millionen Mark auf etwa 110 Millionen erzielen und somit der Regierung neue Geldmittel für militärische Ausgaben und Eisenbahnbauten in die Hand geben. Was in der gegenwärtigen Steuerreform in unzweideutiger Weise zum Ausdruck kommt, ist die Thatsache, daß das vornehmste Besteuerungsobjekt der russischen Regierung, die Bauernmasse, nun am Ende ihrer wirtschaftlichen Utope ist, sobald die systematischen Autenschläge aus ihr nicht mehr herauszuschlagen können, und daß anderseits der Kapitalismus in den letzten 2 Jahrzehnten in Russland so gewaltig vorgeschritten ist, daß auch die noch so einseitige fiktive Wirtschaft dieser Thatsache Rechnung tragen müste.

Fürde und Nachbargebiete.

2 Januar.

Achtung, Fabrikarbeiter! Wenn Lohndifferenzen in der Riegel nach der Fabrik Hofse u. Schweighoffer, gr. Petersgrube, Kreuz gehalten werden. Das Bureau befindet sich Leibnizstrasse 3. Die Streitkommission.

* Freiwillige Gerichtsbarkeit. Im Jahre 1899 werden sämtliche Termine in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der Verstüfungen, insbesondere auch in Vermögenssachen, wie bisher im Gerichtshof des Gerichtshofs links vom Eingange Zimmer Nr. 7 stattfinden. Sprechstunden des Richters werden Mittwochs und Sonntags von 11 bis 1 Uhr gehalten (Zimmer Nr. 7). Es ist dann stets Gelegenheit, den Richter allein zu sprechen. Den selben in seiner Wohnung aufzusuchen ist regelmäßig erfolglos, weil dann die Alten nicht zur Hand sind. Der Gerichtsschreiber Vorsteher ist Morgens von 9 bis 11 Uhr und Nachmittags von 5 bis 6 im Zimmer Nr. 9, der Gerichtsschreiber Propp Morgens von 9 bis 10½ und Nachmittags von 5 bis 6 im Zimmer Nr. 10 zu sprechen.

Gegen Geschwader, den Chef des Berliner Polizei-Instituts „Greif“, ist nunmehr die Anklage wegen Meineids erhoben. Der Fall wird jedoch kaum in der nächsten Berliner Schutgerichts-Session zur Verhandlung gelangen.

Vor der Auswanderung nach Kuba erlossen deutsche Kreise in Havanna eine Warnung an unbemittelte Leute. Der dortige deutsche Konsul und der deutsche Hülfsverein würden bereits von Leuten überlaufen, die mit geringen oder gar keinen Mitteln nach Havanna gereist sind, weil sie hofften, dort lohnende Beschäftigung zu finden, jetzt aber bittere Not leiden. Für Leute in Havanna Kapitalien sei vor der Hand auf Kuba nicht die geringste Aussicht, ihren Lebensunterhalt zu erwerben.

* Geniu. Standesamtliches. Der Senat hat den bisherigen Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Geniu, Hufner O. C. H. Grube wegen Verlegung seines Wohnsitzes nach Lübeck auf sein Ansuchen aus seinem Amt entlassen und an seiner Stelle das Mitglied des Gemeindevorstandes zu Geniu, den Hufner und Siegelslebiger J. F. H. Grube, zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Geniu ernannt, auch dessen Beleidigung veranlaßt.

Griessau. Die hiesigen Ladeninhaber haben mit dem 1. Januar den Neuantrall aufgehoben. Für jede Übertretung ist eine Strafe von 50 Mk. vorgesehen. — In Lübeck ist man noch nicht so weit. Soll das kleine Griessau das „große“ Lübeck beschämen?

Hamburg. Verurtheilter Duellmörder. Das Militärgericht verurtheilte den Regierungsbaumeister Voost, welcher am 28. Oktober im Pistolenduell seinen Kollegen, den 30jährigen Regierungsbaumeister Freda aus Braunschweig erschoss, zu zwei Jahren Festungshaft. Die Duekursache war ein Wortwechsel gelegentlich der Arbeiten am Elbbrückenbau.

Hamburg. Über die Centralbahnhof- und Vorortbahnenfrage, welche seit Jahrzehnten die Bevölkerung beschäftigt, lesen wir im Jahresberichte der Handelskammer:

„Die langwierigen und schwierigen Verhandlungen wegen der notwendigen Umgestaltung der hiesigen Bahnanlagen sind in diesem Jahre erfreulicher Weise zu einem derartigen Abschluß gelangt, daß auf eine baldige bezügliche Vorlage an den Preußischen Landtag und die Hamburgische Bürgerschaft gehofft werden kann. — Alsdann wird Hamburgscherseits an die gleichfalls schon lange verhandelte Angelegenheit der Errichtung von Vorortbahnen noch der Erledigung harrt, nicht so gefördert werden konnte, wie es die Wichtigkeit der Forderung erhebt hätte, durch zweimütige Vorortbahn-Verbindungen die Rüffelung der Umgebung Hamburgs zu Wohnzwecken für die anwachsende Bevölkerung zu ermöglichen.“

Und die „Hamb. Nachr.“ schreiben:

Nachdem die im Juni d. J. in Berlin gepflogenen Verhandlungen zwischen Kommissaren der Preußischen Regierung und des Hamburger Staates eine Einigung über den Bauentwurf und über die Grundsätze der beiderseitigen Beteiligung an den Kosten der Bauausführung ergeben hatten, ist nunmehr der Ver-

trag über die Umgestaltung der Eisenbahnanslagen, über die daraus entstehenden Wechselseitigkeiten, über die Vertheilung der erwachsenden Kosten und über die zukünftige Betriebsführung auf den neuen Anlagen zwischen der Gesamtmission für Eisenbahnangelegenheiten der freien und Hansestadt Hamburg, der Königl. Preußischen Eisenbahn-Direktion zu Altona und der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.

Somit steht also zu erwarten, daß die an Größwinkel gemahnenden Hamburger Eisenbahnverhältnisse baldigst modernisiert und den Anforderungen des Verkehrs entsprechend gestaltet werden.

Altona. Von Kölle für L. Trembe Geschäftslente, die sich hier schon mehrere Jahre, einer sogar schon 18 Jahre, aufhalten, und welche beim jedesmaligen Jahresabschluß ihre Gewerbescheine auf das nächste Jahr erneut erhielten, sind diesmal, wie das „P. T.“ meldet, damit abgewiesen worden. Es dürfte diese Maßregel vielleicht mit Ausweisungen fremder Handelsleute in Verbindung gebracht werden.

Flensburg. Die hiesige Strafammer verurtheilte den Hofsäfster Lund-Jøbbenhoved, welcher ohne Erlaubnis der Behörde an einer öffentlichen Sammlung einer Leihrente für den Landtag & Abgeordneten Johannsen (Dane) teilgenommen habe, wegen Veranstaltung einer öffentlichen „Kollette“ zu 50 Mark Geldstrafe.

Schönberg. Leichenfund. Im Dorfsteich zu Kleinfeld, unweit hier, wurde am Donnerstag die Leiche der Frau Hauswitz Vohe aufgefunden. Man

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Seher, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einträgen sich auf unser Blatt zu befreien.

Die glückliche Geburt eines gesunden Mädchens zeigen an Karl Georgii u. Frau geb. Frank.

Magda Bahrs
Friedrich Gabrielsson
Verlobte.
Lübeck. Hollingbostel.

Gesucht zu sofort eine fl. Wohnung im Preise von 80—120 Mark. Offeren unter WZ an die Exped. d. Bl.

Gesucht von 2 einzelnen Leuten zu sofort oder zum 1. April eine Wohnung von 2 gr. oder 3 fl. Räumen, wenn auch ohne Küche, in der Stadt. Off. u. W 53 an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung für ein junges Ehepaar zum Preise von 140 bis 160 Mt. Off. u. W 53 an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu sofort ein Drechsler

bei gutem Lohn und dauernder Stellung. Der selbe muß in allen Möbeldrechslerarbeiten erfahren sein.

W. Senff, Möbel-Fabrik,
Wallstraße 44.

Ein eisernes Aushängeschild billig zu verkaufen Reiserstraße 24.

Bil. zu verl. ein fast neues Fahrrad Reiserstraße 24.

Unter Garantie der Haltbarkeit werden unter alte emaill. Löffle neue emaill. Böden gefertigt. Mifstraße 31.

H. Dabelstein jetzt Dornestrasse 42.

Feinste und feine Margarine stets frisch, per Pfund 50 und 60 Pf. empfiehlt

Rud. Kracht, Raheb. Allee 40.

Frisch gebrannt. Caffee per Pf. 0,80, 1,00, 1,20, 1,40 Mt. empfiehlt

Rud. Kracht, Raheb. Allee 40.

Gänsmilch Colonialwaaren Fettwaren, Spirituosen, Futterstoffe, Feuerung empfiehlt billig

Rud. Kracht, Raheb. Allee 40.

Miet-Quittungs-Formulare sind zu haben in der Expedition des Lübecker Volksboten.

nimmt an, daß die Ungeschickliche hat Wasser holen wollen und dabei vom Steg gefallen ist. Das Gericht begab sich noch an denselben Tage an Ort und Stelle, um den Thatsbestand festzustellen.

Lübeck. Die ritterschaftliche Schule des benachbarten Moogenhagen ist nun schon seit Anfang November geschlossen, weil unter den dortigen Kindern Scharlaach und Diphtheritis herrschen. Wie ernst die Sache liegt, beweist der Umstand, daß während dieser Zeit bereits 9 Kinder im Alter von 2—6 Jahren genannten Krankheiten erlegen sind.

Lübecker Stadttheater.

Der Postillon von Lonjumeau, komische Oper in 3 Akten von Adam. Einmaliges Schauspiel des Herrn Willhelm Cronberger von Posttheater in Braunschweig. Ein hier sehr beliebter, stets gern gehörter Sänger wette am Sonntag in den Museen Lübeck, um in einer seiner Glanzrollen die vielen Freunde seiner Kunst an entzücken. Herr Cronberger ist unzweiflich ein sehr alter Kämpfer, ein welscher Tenor, wie er an deutschen Bühnen nicht häufig zu finden ist. Im Besitze einer weichen, sympathischen, in allen Lagen gleich wohlgeringen Tenorstimme, die im Laufe der Jahre noch nichts von ihrem Schmuck verloren hat, ist er auch ein routiniertes Schauspieler, der für die Spielerin wie geschaffen ist. Es war, da die guten Eigenschaften des Sängers hier längst bekannt sind, nicht zu verwundern, daß das Theater überfüllt war; etwas, was in dieser Saison noch nicht zu oft vorkommt. Der Postillon Chavelon, einstmals die Glanzrolle Wachtels, ist eine Barthie, welche ihrem Träger bei gutem Königen stets einen reichen Erfolg garantiert. Herr Cronberger hatte höchstlieb mit den ihm reichlich zu Gebote stehenden Mitteln überzeugend aufzutreten. Er wirkte dabei noch unterstützt durch seine hervorragende Bühnenerziehung. Der fröhliche Marsch des Postwagens stand ihm ebenso gut, wie der eingebildete läufige Sänger der beiden letzten Akte. Gesanglich war der Künstler wie immer

meisterlich. Das bekannte Postillonlied gelang ihm ebenso gut wie die Romanze des zweiten Aktes „In früherer Morgenröthe“. Das auch dieses als Gesänge von Herrn Cronberger geführte, bereits ziemlich veraltete Alt'sche Lied „Gute Nacht, du mein herziges Kind“ wurde durch den seelenvollen Vortrag zur Glanznummer. Das überaus dankbare Publikum schwelgte im Entzücken, und gab diesem Gesichte durch geradezu spontanen Beifall Ausdruck. Immer und immer wieder muhte der Sänger vor die Menge kommen. Von den heimischen Künstlern, welche alle eifrig und mit Erfolg um das Erfolgen der Vorstellung bemüht waren, ist in erster Linie Fr. Hünkar zu nennen, die die Magdalene mit Ausdruck und Verständnis zu geben wußte. Auch die Herren Dumas (Marquis) und Waldau (Bijou) waren durchaus nicht überzeugend. Als Einleitung des zweiten Aktes spielte das Orchester ein von unserem Kapellmeister Ohnsorg recht ausreichend komponiertes Konzertstück, das aber n. E. ganz gut hätte weggelassen werden können, da es nichts mit der Oper zu thun hat, und der Abend ohnehin schon mehr als ausreichend ausgefüllt war. Den Schluss bildete eine Aufführung des Schwanzs „Ein toller Einfall.“ lwl.

Stadttheater. Dienstag findet nochmals Nachmittags 4 Uhr eine Wiederholung des mit so großem Beifall aufgenommenen Weihnachtsmärchens „Sneewittchen und die sieben Zwerge“ statt. Abends gelangt die komische Oper „Bar und Zimmermann“ in der allbekannten Aufführung zur Aufführung. Mittwoch, den 4. d. M. findet die letzte Vorstellung der Schauspielen im Sonderabonnement statt. Der Cyclos schließt mit dem Schauspiel „Dürig Heinrich der Künste.“

Gletscherglocken. Hamburg, 31. Dezember. Der Gletscherglockenhandel verlief gut. Aufgeführt wurden 1150 Stück. Preise: Verkaufswert, schwere 53.—54 Mt., leichte 54.—56 Mt., Canon 47.—51 Mt. und Herold 53.—55 Mt. pr. 100 Pf.



Ihren reinigen . 1,50,
Federn einschen . 1,50,
1 Jahr Garantie. —
Uhrgläser 1. Dual. 0,30.

Aug. Büttner,
Herrmacher,
Mühstraße 32. —

Wurst.

Wegen Ausgabe des Artikels verende: Concert-Harmonicas, 10 Teile, 2thell. lu. Doppelbalg, mit f. Balzhalter, Uederbalg u. Metallschlüsseln, kein polist mit Metallaufl.; 2 Regist., doppeltörig, 10 Stimmen, statt früher Mt. 5,75 für nur Mt. 4,25. Harmonika - Cornettina, 2 reihig (5 Signalalthe) preiswert, statt Mt. 7,50 jetzt nur Mt. 6.— Accordzithern, 6 Stimmale, 25 Saiten, seines schwarz poliertes Gehäuse mit Gold und Malereien, prächtiger Ton, mit Stamm, Zubehör u. 2 Notenbüchern, statt Mt. 13,75 nur Mt. 10,50, enorm billig! Alles viel Verpackung, ab hier, gegen Nachnahme. Richard Fock, Duisburg a. Rh.

Quartett-Verein „Amicitia“.

Bei der am 31. December abgehaltenen Tombola wurden folgende Losnummern mit Gewinnen gezogen:

1	38	39	41	42	62	63	118
174	185	201	209	214	244	269	
284	300	306	321	372	393	414	462
504	530	559	660	610	611	628	675
677	679	687	697	706	717	734	737
758	808	849	864	883	886	889	910
929	944	955	1014	1043	1067	1085	1091
1141	1147	1159	1176	1179	1187	1192	1199
1201	1209	1211	1215	1831	1341	1356	1271
1401	1408	1413	1442	1458	1480	1497	1630
1634	1648	1677	1684	1686	1725	1729	1732
1755	1794	1814	1823	1828	1829	1884	1940
1946	1953	1961	1973				

Die Gewinne sind am Dienstag den 3. d. M., Nachmittags von 3 bis 8 Uhr im Concordiagarten abzuholen, später bis zum 1. Februar täglich 72, 2. Etage.

Der Vorstand.

All den
unseren Freunden und Gönnern
ein fröhliches neues Jahr!
Die Direction
des Circus Variété.

Circus Variété
Wieder Riesen-Erfolg
ergiebt der vollständig neue 8. Spielplan.
Jede Nummer ein Schlag.
Jeder Künstler ein Künstler.
Aufgang des Concerts 7½ Uhr. Billets
bis 6 Uhr im Vorverkauf ermäßigt.

Stadttheater in Lübeck.
Dienstag den 3. Januar, Nachm. 4 Uhr:
Sneewittchen und die 7 Zwerge.
Abends 7 Uhr:

Czaar u. Zimmermann.
Komische Oper in 3 Akten von A. Borling.
Mittwoch den 4. Januar:
3. Vorstellung im Sonder-Abonn. Königsbramen.

König Heinrich V.
Schauspiel in 5 Akten von W. Shakespeare.
Berantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Berleger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Lunge u. Hals

Kräuter-Thee, Russ. Knöterich (*Polygonum avicinum*) ist ein vorzügliches Mittel bei allen Erkrankungen d. Luftwege. Dieses durch seine wirkenden Eigenschaften bekannte Kraut gedieht in einzelnen Distrikten Russlands, wo es eine Höhe bis zu 1 Mtr. erreicht, nicht zu verwechseln m. d. in Deutschland wachsenden Knöterich. Wer daher an Phthisis, Lufttröpfchen-, (Bronchial-) Katarrh., Lungensystem-Affectionen, Kehlkopfkatarrh., Asthma, Atheroskler., Brustbeklemmung, Husten, Heiserkeit, Bluthusten etc. leidet, namentl. aber derjenige, welch. d. Klem. d. Lungenbeschwerden in sich vermutet, verleihe sich d. Absud ders. Kräuterthee, welch. ooch in Packeten à 1 Mark b. Kramst. Weidemann, Liebenburg u. Ham, erhältlich ist. Breckkuren m. d. d. Aussäuerungen u. Attesten gratis.

Neue Welt-Skalender

für das Jahr 1899

• Preis 40 Pf. •

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Zeitung zum Einbeder Hoffgarten

N. 2.

Dienstag, den 3. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Soziales und Partei-Leben.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verlehrarbeiter Deutschlands tagte am 26. Dezember in Kassel. Nach dem Vorstandsbereich hat sich der Mitgliederbestand in den 1½ Jahren seines Bestehens großartig entwickelt. Er betrug am 1. März 1897 1881 Mann, während am 1. Oktober 1898 5937 zahlende Mitglieder vorhanden waren; die Zahl hat sich bis jetzt auf mindestens 6000 erhöht. Diese Mitglieder verteilen sich auf 3 Orte. Die letzte Tropf sei ergänzt werden, obwohl bei Gründung des Verbandes kein genug Geld vorhanden war und der Kampf um die Organisationsform in den Reihen der eigenen Berufskollegen wütete. Der Opfergeist der Kollegenschaft sei ein großartiger gewesen und um ihn und der fleißigen Agitation sei das Blühen der Organisation zu verdanken. Der Vorstand hat sich bei diesen an die Gewerkschaftsfarce gewandt, um eine kleine Zahl derselben hat sich unserer Berufsbewegung angenommen. Die meisten Körpers haben trotz wiederholten Schreibens keine Antwort gegeben und 11 derselben verhielten sich direkt ablehnend. Beim Vorstand gingen während der Berichtsperiode 1553 Schriftdaten ein und 1552 von demselben aus. Zu den Beiträgen und eingesetzten 2054 gehörten und Posten, 1269 Pauschal, 1228 Kleinkontingente, und Speditionsarbeiter, 328 Möbeltransporte, 163 Belehrungsbesuch und 162 Wiesentag. Die Zahl der aufgeworfenen Kollegen überhaupt betrug 3109. Davon waren 4396 verheirathet und 2813 unverheirathet. Durch Fragen an den Aufnahmeverfahren hat der Vorstand eine kleine Statistik über Arbeitzeit und Lohn zu geben versucht. Dieser Bericht darf man als gesammelten bezeichnen. Die Arbeitzeit betrug durchschnittlich für 20 Mitglieder 8 Stunden, für 81: 9 Stunden, für 40: 10½ Stunden, für 496: 10 Stunden, für 38: 10½ Stunden, für 334: 11 Stunden, für 64: 11½ St., für 1030: 12 Stunden, für 72: 12½ Stunden, für 30: 13½ St., für 62: 13½ Stunden, für 1049: 14 Stunden, für 30: 14½ St., für 915: 15 Stunden, für 60: 15½ Stunden, für 803: 16½ St., für 59: 16½ Stunden, für 230: 17 Stunden, für 3: 17½ St., für 58: 18 Stunden. 703 Kollegen haben ihre Arbeitzeit als unbekannt angegeben.

Folgende Resolution fand nach lebhafter Diskussion über die geplante Einigung zwischen Centralorganisierten und Totalorganisierten Annahme:

"Die Generalversammlung erklärt sich mit der Einberufung eines Einigungskongresses zu Ostern 1899 einverstanden, unter der Bedingung jedoch, daß der Kongress entweder in Berlin oder Leipzig stattfindet. Die Generalversammlung erwartet von den totalorganisierten Kollegen, daß sie sich dieser Vordringung fügen, weil ja die Wahl eines anderen Ortes beiden Parteien unmöglich entstehen würde, die im Interesse der Organisation gespart werden können. Die Generalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß der Kongress zu einer Einigung führt, auch vorausgesetzt in diesem Falle von den Kollegen beider Richtungen, daß die auf beiden Seiten gemachten Fehler vergessen werden, well nur dadurch eine wirkliche Einigung und ein christliches Hand in Hand arbeiten erzielt werden kann."

Vom Weberstreik in Krefeld. Wie werden nun Abdruck folgenden Aufsatz erwartet: Freunde! Brüder! Ein gewaltiger, siegreicher Kampf liegt hinter uns! — die Aussperrung der Krefelder Stoffweber — und jetzt haben die Sammitweber einen noch härteren Kampf durchzufechten. Bereits 500 befinden sich im Streik und in einigen Tagen werden es 2000—2500 sein. Der Fabrikanten-Verband sucht unter der schelmischen Beleidigung, einem langgehegten Wunsch der Sammitweber nachzukommen, diesen eine neue Normal-Lohnstufe aufzuzwingen, welche tatsächlich eine Lohnreduktion von 10 bis 15 Prozent enthält. Auf allen Fabrikversammlungen hat man die Lohnliste nach allen Seiten hin geprüft und immer und überall wurde ein Lohnanfall von 2 bis 3 Mark pro Woche herangezogen. Die Sammitweber waren deshalb mit der Einführung nicht zufrieden und werden nun unbarbarzig auf's Pfosten geworfen. Arbeiter! Seit Anfang dieses Jahres hat sich hier in der schwarzen Ecke unter der Arbeiterschaft das Klassenbewußtsein und Organisationsbedürfnis gehoben. Auch hier hat man endlich eingesehen, daß alle christlichen Tugenden der Arbeiter vor dem Untergang nicht retten können und deshalb der Arbeiter zum Arbeiter- resp. Weberschaft es nicht nur zu überstehen, son-

dern auch an späteren Klassenkämpfen regen Anteil nehmen wird, richten wir an alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen die dringende Bitte, uns in dem schweren aufwendigsten Kampfe zu unterstützen. Unser Sieg wird durch die vorhergegangenen Kämpfe erschöpft. Unser Sieg wird aber ein vollständiger Sieg der arbeitenden Klasse in Krefeld überthaupt sein. Drum an's Werk! Es gilt einen echten Klassenkampf! Krefeld, den 30. Dezember 1898. Gewerkschafts-Kartell Krefeld. Deutscher Textilarbeiterverband (Filiale Krefeld). Riedrich. Weberverband Krefeld. Alte Schießstätte richtet man an das ständige Anwesen: Ludwig Bollen, Krefeld, Blumenstr. 70. Verhandlungen an Herrn Boer, Krefeld, Kaiserstraße 18.

Berlin. Ein Kongress der süddeutschen Textilarbeiter findet zu Ostern 1899 in Cannstatt statt.

Über Kinderanspruch im Mansfelder Bergbau wird der "Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" berichtet: Liebsten, die die Führung vom Streik bis zum nächsten Kultus zu schaffen haben, schätzen je nach dem Alter 1,08, 1,18, 1,68 Pf. pro Schicht und ist dies darin zu liegende Arbeit einfach standhaft. Da hier bis in die Höhe von 18-22 Zoll abgebaut wird (es gibt sogar ganze Högel, wo die Höhe bis 12-15 Zoll beträgt), so daß daher die Schramarbeiten in liegender Stellung auf der linken Seite ausgeführt werden müssen, so müssen auch die Jungen in Liegen ihre Arbeit verrichten, d. h. dieselben müssen den Haft von drei bis vier Jahren aufrecht halten an einem Stein bei oft sehr steigender Fahrt in liegender Stellung ziehen! Erfahrungsgemäß sind bedauernswertliche Arbeitsschlüsse von 14 bis 16 Jahren, nur mit Hose und Weste bekleidet, von Schaufel und Nässe trischt, bieten einen Anblick, der nichts Menschliches mehr hat. Und hier ist es, wo der Reim zu einem fröhlichen Freischlamm gelingt: Die Mansfelder Gewerkschaft hat es trotz ihrer nach Missionen zahlreichen Gewinnlosen nämlich noch nicht für nötig gehalten, Waisenhäuser auf ihren Werken einzurichten, und die Weizelschäften müssen daher, wenn sie von Schweiß oder Krankheit durchdrückt sind, ihre oft weiten Wege in den Zustand, wie sie auf der Grube kommen, zurücklegen. Das dadurch der Körper, hauptsächlich im Winter, für alljährlich Krankheiten vorbereitet wird, bedarf keines näheren Beweises. Oft wird sogar das Bischen gescheischer Schuß, den solche Kinder unter schwierigen Jahren haben, da dieselben bloß (!) acht Stunden unter Tage sein dürfen, außer Acht gelassen! Es kann sich daher jeder Unbefangene ein Bild von den Unannehmlichkeiten des Lebens eines Mansfelder Bergjungen machen.

3. Januar 1899. Einheits-Zeitung.

kleine Chronik. Die schwarzen Böden sind nach Blättermeldungen auf dem Auswandererbahnhofe Strubbe in Spandau festgestellt worden. Das Kind eines aus Polen geflohenen Chevauxes, das nach Bremen wollte, um nach Nordamerika zu reisen, ist darauf erkrankt. Die Familie wurde zurückgehalten und auf dem Bahnhofe in einer Isolierbaracke untergebracht. — Im Gefängnis zur "Stadt Berlin" in Erfurt logierten sich der 22 Jahre alte Uhrmacher Max Wachsmuth und die 19 Jahre alte Mathilde Staudinger aus Mülhausen i. Th ein. Donnerstag früh fand man das Brautpaar im Blut liegend vor. Das junge Mädchen, welchem drei Revolverkugeln die Brust durchbohrt hatten, war tot. Der Bräutigam lebte noch, trotzdem er ebenfalls drei Schüsse auf sich abgegeben hatte. Die Eltern des Mädchens waren gegen die Beihilfe, deshalb wählte das Paar den Tod. — Das Schwurgericht in Würzburg verurteilte den Meister Karl Müller aus Sonneberg und seine Frau wegen "Verbrechens wider die Religion", verstoß durch die Presse, zu je 14 Tagen Gefängnis. Beide hatten in

denen jungen Freunden wurde, ihm wie eine Tochter nahe trat.

"Ja," rief er ausdrücklich, "Wer in aller Welt kommt vor einigen Jahren voraussehen, daß ich so reich werden sollte, wie ich es jetzt bin, und wer hätte vor einigen Tagen und Stunden glauben können, daß ich noch die fabelhafte Freude erleben sollte, diese zwei Menschen einander wieder zu geben, die alte und junge Melannie! Zeigt vor Atem die Kiste abgeholt, welche Lars Krug, der treue alte Bursche, mir schickte. Melannie! he! sogleich den Wagen nach der Station!"

Die Kiste war bereits angekommen. Als sie geöffnet wurde, fand sich in derselben ein kleines, etwas beschädigtes Kästchen aus Sandelholz, überall mit Silber beschlagen. Der daneben liegende Schlüssel war aus demselben Metall und als das künstliche Schloß mit Hülse einer Feder, welche der Doktor nicht sogleich fand, geöffnet wurde, sprang das Kästchen auf. Es enthielt zwei Fächer, ein größeres und ein kleineres, die sich wieder in mehrere Theilen ließen.

Eine goldene Platte an der Innenseite des Deckels trug in lateinischen Lettern den Namen: Constance Bernet, nee de Renaut.

Verschiedene kleine Rippchen von hohem Werth und einzelne kostbare Schmuckgegenstände lagen in den kleinen Fächern. Wichtigster aber als dieses alles war ein altes, vergilbtes Blatt Papier, auf dem in französischer und englischer Sprache die Worte standen: "Der Dreimaster 'Melannie Bernet' aus Cannes von Havre mit Süßfrüchten und Porzellan nach Riga, in Gefahr, an die dänische Westküste geschleudert zu werden, geführt von Kapitän Franz Bernet. An Bord befindet sich die junge Frau des Kapitäns mit

einem Wirtshaus in Münsterstadt, als die Gäste eines 'Plants' verlangten, ein Pamphlet verlängt das in Form einer Schreiner-Nachricht, die älteste Stadt Deutschlands. Im Archiv des Historischen Vereins für Münsterland veröffentlicht der Gymnasial-Professor Dr. J. C. Schmitz eine Studie über das Alter von Würzburg. Auf Grund seiner Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, daß Würzburg eine der ältesten deutschen Städte ist. Schon vor dem Jahre 1000 v. Chr. sei eine Niederlassung an seiner heutigen Stelle gewesen, so daß das Alter Würzburgs auf mindestens 2000 Jahre anzusetzen sei. — Die leidige Insule, auf der brennende Lampen betrieben wurden zu gießen, hat in Würzburg eine Wirtschaft der Katastrophen gezeigt. Die alte Frau, die im Augenblick der Katastrophe allein zu Hause war, ließ in brennenden Arzneien auf die Straße, wo das Feuer von britischen Personen entzündet wurde. Die Bedauernswerte Karren jedoc an den entzündeten Brandwunden. — Das Landgericht Münster entschied in diesem Fall, daß der Münsteraner Joseph Eichard zu leben habe. Nachdem und 5 Jahre Schwerlast wegen Blutschande, seine 22 Jahre alte Tochter Marie wegen eines fortgelebten Vergehens wider die Sittlichkeit und Nöthigung zu 6 Monaten 8 Tagen Gefängnis. Vater und Tochter haben nachgenommene Maßnahmen mindestens fünfzehn bis sechzehn Monate mit einander verbracht. Mit der Vater seiner Tochter die Absicht seiner Beschleidigung mittheilte, wurde er von dieser mit dem Eischen bedroht. Würden über Marx? Die Wiener "Extrapost" meldet ein unglaublich in gut informierten Kreisen zirkulierendes Gericht, wonach Karlsruhe in dem eingerichteten Schreiben an Kaiser Franz Joseph, das der Posthalter von Gutenburg auslangt überreichte, bei Kaiser Franz Joseph um ein Fahrlehen von zwölfi Millionen erachtet habe. Ich schaue mir um, ob es um Guttenberg über Marx handelt, weiß der Name Marx, der diese Ränkeschuld in die Wiener "Extrapost" hinzogt hat, leider nicht zu melden. — Zu dem Bericht in Würzburg noch genetet: Ein Gebiet von zwölf Quadratkilometern ist von Schädelmauern überdeckt. Viele Wohnhäuser und viele Ställe sind zerstört und bilden wilde Trümmerhaufen. Viele andere Häuser sind schwer beschädigt. Der Gemeindetaubend wird auf circa eine Million geschätzt. In der Nähe von Würzburg werden Verschläge angestellt, kleine Minziothen wie 5 und 2 Dutzend Aluminiumpulpa abgezogen. In der Nähe von Würzburg wurde am Dienstag eine Anzahl Mottenarbeiter von einem von Löwen nach Mecheln abgezogene Rute übersetzt. Dreißig Arbeiter kamen sofort verletzt, zwei sind gefährlich verwundet. Dreißig Schlafbüchige wurden, wie das "Verl. Tagebl." meldet, von dem habsburgischen Komponist "Ella" bei Holstein gelandet. Es ist die getreute Begleitung des bei Saarland gestrandeten niederländischen Komponisten "Vorbeck". — Mittwoch früh brach in einem Drogenlager in Rotterdam Feuer aus, welches derart nur sich griff, daß eine im zweiten Stockwerk des betreffenden Hauses wohnende Frau mit ihren beiden 6 bejähigten Kindern in den Flammen umkam, ehe Rettung möglich war. Der Mann rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster vor dem sicheren Tode. Der Feuerwehr gelang es, eine andere, in dem Hause wohnende Frau und deren Kinder zu retten, obwohl auch sie dem Entstehungstage nahe waren. — Verzehrung eines Eisenbahnguges. Auf der Eisenbahnlinie zwischen Brüssel und Antwerpen wurde in der Nacht zum Freitag ein Zug von unbekannten Individuen angegriffen. Diese erbrachen den Gepäckwagen und rasteten daraus Gegenstände im Wert von 30 000 Frs. — Ein Kriegsgericht in Algier verurteilte einen arabischen Soldaten, der seiner Frau, weil sie ihr unten hielt, die Nase vollständig abschnitt, zu 15 Tagen Haft. — Im Altai-Bezirk ist ein totothäfer Neophrytblock im Gewicht von 280 Pfund gefunden worden. — In der Nähe von Odborsk (Sibirien) hat man Kartoffeln, Rettig, Erbsen, Bohnen, Zwiebeln, Mohr und Wirsing geplantiert. Das Resultat unter dem 67. Grad nördlicher Breite war, daß man Kartoffeln so groß wie die Faust erntete, Erbsen und Bohnen kamen erst an zu blühen, als der Frost sich eingestellt.

Das verfüllt gewordene Grenzeichen. In § 919 des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich steht unten:

"Der Eigentümer eines Grundstücks kann von dem Eigentümer eines Nachbargrundstücks verlangen, daß dieser zur Errichtung fester Grenzeichen und, wenn ein Grenzeichen verfüllt oder unfeinlich geworden ist, zur Wiederherstellung mitwirkt."

Schuh vor Schuhleuten. Der bis zu seiner Verhaftung in der Gemeinde Mietzen (Sachsen), verhar in Trachau als Schuhmann angestellte Louis Wilh. Kluge wurde vom Landgericht in Dresden wegen schweren

einem neu geborenen Kind, elf Mann und zwei Schiffsmännern, Gott stehe uns bei!

"Ein kurzes Dokument über so viele Menschen," sprach feuchten Augen der Doktor, "jetzt zuerst an die Nordsee, um genauer Auskunft darüber zu erhalten, wie es mit den Hinterlassenen dieses Sünders, des alten Fischer, steht, dann nach Frankreich und dann zu Filia Marii, Gott segne sie, dieses Kind des Meeres! Aber wird sie, kann sie Dänemark jetzt den Rücken kehren und Strom von hier weg nach ihrem rechten Vaterland mit sich ziehen wollen, oder ist nicht dieses doch ihr rechtes Vaterland?"

Der Doktor kämpfte mit seiner Bewegung.

"Ich werde wohl ein altes Weib auf meine alten Tage," murmelte er, "allein dies ist auch ziemlich viel auf einmal, die Begegnung mit Storm und Filia, der Tod des Grafen, der Brief von Lars Krug, das Kästchen mit diesen Beweisstückchen und dann noch obendrein Besuch — Herbst, richtig, an den muß ich mich auch noch machen, er hat ja auch ein gewisses Recht an Filia aus früheren Tagen."

Einen Augenblick später saß der junge Mann neben dem Doktor und lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit den wundersamen Mitteilungen desselben.

Als er geendet hatte, rief Konrad ausspringend: "Lassen Sie mich an die Nordsee gehen und die dortigen Verhältnisse erforschen, Sie sind zu alt, um so herumzugehen; dann können Sie ja mit all diesen Beweisstückchen zu Storms hinüberreisen und es ihnen selbst überlassen, ihre Verwandten aufzusuchen."

"Nein, so wahr ich lebe," rief der Doktor aufsprechend, "meine Reise nach Frankreich gebe ich nicht auf. Ich will Melanie noch einmal sehen, falls sie am Leben ist; und das Schicksal mich gleichsam für diese Angelegenheit aus-

Hausfriedensbruch, Widerstand, großen Unfang, Beleidigung und Sachbeschädigung zu neuen Monaten Gefangen in verurtheilt. Er ist wegen verschiedener Vorwürfe von seinem Posten in Trachau gegangen, hauptsächlich weil er mit dem dortigen Gemeindevorstand auf gespanntem Fuße lebte. Als Schuhmann von Mücke ging nun R. während seiner dienstfreien Zeit oft nach Trachau, um seinem offenbar gegen die Trachauer gerichteten Gross die Zügel schließen zu lassen. Er beschimpfte und beleidigte die dortigen Schuhmänner und den Gemeindevorstand, sowie andere Personen in der gemeinsten Weise. In einem Restaurant kam es eines Nachts wegen R. zum offenen Skandal, bei dem dieser die Hauptrolle spielte und schließlich gefesselt in's Arresthaus gebracht werden musste.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der 40-jährige Schneidegeselle Julius Eduard Hartwich aus Ostrowo, der im Jahre 1895 in Nidhansen in einer Gastwirtschaft bei dem Anblieke des Bildes des bayerischen Prinzregenten sich in beleidigenden Ausdrücken ergossen hatte, wurde von der Strafkommission in Schweinfurt zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

Nationalliberale „Anarchisten“. Aus Weilburg erhält die „Kbln. Zeitung“ folgende Botschaft zur Illustration der Mittel, welche angewandt werden sind, um den Grad der Beteiligung bestimmter Personen an der Bekämpfung der Wahl des deutsch-konservativen Landtagabgeordneten und Landrats in Uisingen festzustellen. Ein Brief vom 29. November, der in Weilburg vielfach kursirt hat, lautet in wördlicher Abschrift: „Mein lieber Herr Kamerad! Ich habe eine vertraute Angelegenheit, welche ich im Auftrage unserer Herren Landrats ermittel soll. Im Monat Oktober d. J. ist von der dortigen (d. h. Weilburger) Buchdruckerei S. Zipper ein Wahlausruß gedruckt worden mit der Überschrift: „Wähler des Kreises Uisingen!“ Da wir den Verfasser dieses Blattes gern kennen lernen möchten, so wollte ich Sie bitten, einmal in unanfälliger Weise Ermittlungen nach dem Verfasser oder Auftraggeber dieses Blattes anzustellen. Es kommen nur zwei Personen in Betracht, nämlich der Pfarrer . . . aus . . . und der . . . von hier. Sie müssten sich vielleicht mit einem Angestellten der genannten Firma in Verbindung setzen oder eine Civilperson damit beauftragen; da Sie doch keine Interessen an unserem Landrat haben, so dürfte Ihnen das vielleicht gelingen. Wenn es Ihnen möglich wäre, mir bis zum 1. u. 2. August zu geben, so wäre ich Ihnen zu großen Dienste verpflichtet, da wir am 2. zur Kommunikation nach Uisingen müssen. Denk für Ihre Bemühungen in voraus sendet, zeichnet mit kameradschaftlichem Gruß Ihr . . . Kugendarm.“ Dieses Nachspuren hat Weilburg in große Entrüstung versetzt, „denn bisher sind nationalliberale Männer noch nicht wie Anarchisten von Gedanken belauert worden.“ — Schrecklich, schrecklich! Wie konnte man auch Nationalliberale so behandeln, diese Schafe in Schafsleibern!

Amtlich konstatierte Wahlmaße in Oberschlesien. Infolge eines Protestes hatte sich das preußische Oberverwaltungsgericht mit den letzten Stadtverordnetenwahlen in Myslowitz zu beschäftigen. Es erkannte den Protest für berechtigt an mit folgendem Begründung:

„Wenn es wahr, daß die Vergleiche vor der Wahl verstimmt worden sind, daß ihnen dann ein Vergleichsprotokoll hat: „Ihr müsst die wählen, die ich euch angebe und von denen Ihr Verdienst habt,“ daß man sie dann zur Wahl geführt und einige von ihnen, die anders gewählt hatten, als gewünscht war, nachtheile in ihren Erwerbsverhältnissen zugefügt hat, so mußte das in hohem Grade bedenklich erscheinen. Die Ungültigkeit der Wahl ergibt sich aber auch schon aus anderen Gründen. Das Oberverwaltungsgericht erhielt erhebliche Unregelmäßigkeiten in der Bestimmung eines unzulänglichen Lokals und einer ungenügenden Zeit für die Wahl; hierdurch wurde vielen Wählern das Wahlrecht geradezu verfüllt.“

Seemannsleiden. Ueber den Zustand der Besatzung des deutschen Schiffes „Nord“, daß vor Kurzem an der

ersehen hat, so verzichte ich um keinen Preis darauf, selbst Filia diese Nachrichten zu bringen.“

„Nun wohl, aber lassen Sie mich wenigstens für Sie an die Nordsee gehen, dann bekomme ich auch einmal Filia Wiege zu sehen,“ bat der junge Pfarrer.

„Ja, das läßt sich hören, und ich danke Ihnen sogar, mein lieber junger Freund, daß Sie es thun wollen!“ erwiderte der Doktor.

Um folgenden Tage reiste Konrad Herbst nach Aßdal, um so viel Licht als möglich in die Sache zu bringen.

An demselben Tage übergab die Gräfin eigenhändig dem Doktor einen kleinen Schlüssel zu einem besonderen Fach in dem Schreibtisch des Grafen, wo alles sich finden würde, was auf dessen Bestimmungen, den Doktor betreffend, Bezug habe.

Tief bewegt öffnete er das Fach, das sein verstorbener Freund vor einigen Jahren ihm selbst gezeigt, sowie auch, wie es öffnen sei.

Es fand sich darin eine Mappe mit wertvollen Skizzen berühmter Meister, von ihrer gemeinsamen Reise im Ausland herstammend, und ein von der Hand des Grafen beschriebenes Blatt Papier, das sein eignes, privates Leben betrifft und von dem Doktor mit tiefer Bewegung gelesen wurde. Ferner empfahl er alles, das ihm auf Erden lieb war, insonderheit seine beiden Söhne, der Fürsorge seines Jugendfreundes, so lange er leben werde.

Endlich stellte er dem Doktor eine bedeutende Summe Geldes zu freier Verfügung; wollte er sie nicht für sich und die Seinen verwenden, dann könne er ja zum Beispiel ein kleines Krankenhaus, Hospital oder dergleichen bauen, ganz wie es ihm gefallen würde.“

schweibischen Küste strandete, wo die Besatzung zwei Tage hindurch hilflos der Welle und dem furchtbaren Sturm ausgesetzt war, werden aus dem Lazareth zu Geselle einige Mitteilungen gemacht, welche ein trauriges Bild von der Verfassung der Leute geben. Der Steuermann Stuck hat kalten Brand in zwei Händen und schwere Blasenbildungen an den Händen, beim zweiten Steuermann Schmidt sind zwei Drittel der Fläche von Brand ergriffen, der Matrose Dreschko hat Brand in beiden Füßen und starke Nasenbluten, was in diesem Fall nichts Gutes bedeutet. Am schlimmsten daran ist der Heizer R. Kaschke, der Brand in beiden Füßen, Blasen in beiden Händen und Brand an den Ohren hat. Er leidet an hohem Fieber und redet irre. Ob er mit dem Leben davon kommt, ist fraglich. Der Bootsmann Höpken hat Brand an beiden Füßen, ebenso der Matrose Gramme, der Seemann Max Tonat und Joh. Eichle, dieser leidet außerdem an Brand in den Ohren und Nasenbluten. Die Schäden bei den übrigen sind leichterer Art, beim Kapitän Becker hat sich kein Brand einzestellt. Bisher sind Operationen noch nicht vorgenommen worden, da bis auf Weiteres noch nicht entschieden werden kann, ob der Brand völlig begrenzt ist. Der „Nord“ war während eines heftigen Schneesturms Nachts auf einer Klippe gestrandet, worauf sich die Besatzung, nur notdürftig bekleidet, auf eine nahe belegene fahle Felseninsel rettete, wobei sie bis zum Halse durch das eisige Wasser waten mußte. Dann brachte sie, bis auf die Haut durch nächt, bei fortwährendem Sturm die Nacht auf der fahlen Klippe zu. Am nächsten Morgen arbeitete sie sich wieder zu dem halb gesunkenen Schiff hindurch, um sich mit Kleidern zu versehen, bis sie endlich von einem schwedischen Dampfer gerettet wurde.

Der Anarchist. Aus Wien wird der „Frankf. Blg.“ geschrieben: Eine überaus bezeichnende Rückbete macht hier gegenwärtig die Stunde. Auf einem jener Gesellschaftsabende, wo die eingeladenen einander ebenso fremd sind, wie der Hausherr den meisten seiner Gäste, machte sich ein älterer Herr mit ergrautem Vollbart und düsterem Gesichtsausdruck unheimlich bemerklich. Er hatte nämlich ein ganz finstres Knochen. Kein Kleidchen, kein Bandchen, kein Kreuzchen, kein Medaillen — nichts war an dem unheimlich schwatzigen Knopfloch zu sehen, das inmitten der Milchstraße von funkelnden Ordenssternen im Saal anzusehen war wie ein Kohlersack. Seit dem 2. Dezember giebt es nämlich wohl gezählte hundert Millionen Dekritte mehr in Österreich. Stein Wunder, daß der Mann ohne Orden aussieht.“

„Beim Militär kann er nicht gebient haben, sonst hätte er die Militär-Dienstmedaille.“

„Beauter kann er auch nicht gewesen sein, sonst hätte er die Zivildienstmedaille.“

„Bei Hof kann er auch nicht gewesen sein, sonst hätte er die Hofmedaille.“

„Bürgermeister oder dergleichen war er edensfalls nicht, sonst hätte er den Franz-Josefsorden.“

„Künstler, Gelehrter u. s. w. ist er auch nicht, sonst müßte er in seinem Alter mindestens das Verdienstkreuz mit der Krone haben.“

„Nicht einmal als Kanzelliist bei einem Advokaten kann er 40 Jahre gedient haben, sonst hätte er der Jubiläumsmedaille.“

„Was kann denn ein Mensch sein, der heutzutage keine Auszeichnung hat?“ resumirte ein Herr mit fünf Orden.

„In Ehren kann er nicht ergraut sein,“ versicherte ein Herr mit sieben Orden.

„Ich halte ihn für einen Anarchisten; ja, ja, es gibt keine andere Erklärung,“ sprach ein Herr mit zehn Orden. „Wie kommt so einer in diese Gesellschaft?“

Und sie stürzte alleamt über den Hausherrn her, den sie an seinem sauren Miene erkannten, und wiesen auf den Finsterring mit dem anarchistischen Krack.

Als der Doktor nach Hause kam, schickte er sich sofort an, die Mappe zu öffnen, um nach Melanies Bild zu suchen,

Ja, auch ohne den geringsten Anhaltspunkt zu besitzen — wie dankbar war er doch Lars Krog für einen solchen! — wäre er keinen Augenblick im Zweifel gewesen, daß es eine nahe Verwandte von Filia sein müsse, die er hier vor sich habe, so auffallend war die Ähnlichkeit.

Er schaute sich hin und schrieb an Professor Storm, diesen bittend, ihm Filia's Bild vom Ringsee auf kurze Zeit zu überlassen.

„Kunst Du,“ so schloß er, „vor Deiner besseren Hälfte etwas verborgen, dann lasst dies ein Geheimnis zwischen uns beiden sein. Ich stehe für das Bild ein, aber schicke es sogleich; so Gott will, werde ich es selbst zurückbringen, aber einen Monat später, als nach unsererer auf dem Dampfschiff getroffenen Abreise.“

„Du vergißtest mich in diesen Tagen so ganz, Papa; kommt das daher, daß der Graf gestorben ist?“ fragte halb weinende Marie Krog, indem sie vorwurfsvoll ihren Arm um den Hals ihres lieben, alten Freundes schlang.

Mit seinen kleinen blauen Augen blinzelte der Doktor ihr zu, als wäre er sich bewußt, eine Erinnerung verdient zu haben.

„Soll' ein kleines Narrisches Ding, daß in gewohnter Weise mit glühenden Wangen und salzigen Thränen sich bemerkbar macht; nein, da ist nichts aufzustellen, eins ist wie das andre, ob alt, ob jung. Nun, so komm' denn her und gib mir einen Fuß, — sind wir dann wieder gute Freunde?“

„Der . . . der Schreckliche holt . . . ohne Orden . . . lenken Sie ihn?“

„Den? O ja; es ist der Präsident der S. S. Akademie der Wissenschaften, der berühmte Geologe Eduard Suess!“

Der Oberstleutnant Mattias Regleth ist vom Agrar- und Gewerbe-Gericht zu Süßen Jahr ein Exekutiver verurtheilt worden. Die seinerzeitige Verleidung der „Neuen Freien Presse“ von der Verurtheilung war unrichtig; das Urtheil wurde erst dieser Tage gefällt. Die Verurtheilung erfolgte wegen Wechselsäufbung; der Oberstleutnant soll aber ausdrücklich zugestehen haben, daß er das Verbrechen „ganz allein“ begangen hätte. Der Zusammenhang mit der bekannten Affäre der Prinzessin Louise von Coburg, deren Geliebter der Oberstleutnant war, ist ziemlich klar. Die Prinzessin, eine Tochter des Königs der Belgier, soll in Wien eine Schuldeinlösung von drei Millionen Gulden angehäuft haben; um die Schulden nicht zahlen zu müssen, ist sie von ihren Verwandten als geisteskrank erklärt und in eine Wiener Irrenanstalt geprägt worden. In diesem Schuldenstand der Prinzessin fungierte auch eine Reihe von Wechseln der Prinzessin, die auf den Namen ihrer Schwester gefälscht waren, und es scheint, daß der französische Oberstleutnant „gefaßt“ hat, diese Wechselsäufungen „ganz allein“ begangen zu haben. Wir interessieren uns sonst wirklich nicht für die Standesfahnen der vornehmen Welt; der vorliegende Fall bringt aber so viele merkwürdige Heimlichkeiten, daß wir ihn nicht übergehen dürfen.

Ein wild-weltliche Gerichtsszene wurde vor einigen Wochen in St. Louis (Missouri) aufgeführt. Polizeirichter Thomas U. Peabody, Advoat A. D. Storts und mehrere Polizisten waren die handelnden Personen. Der Richter, so erzählte die „U. S. State-Btg.,“ habe während zu Gericht; ein geladener Büllzeug Revolver lag handlich an seiner Seite. Auf alle Fälle war er vorbereitet, denn dem vor ihm stehenden jähzornigen Advokaten Storts, der schon lange sein bitterer Feind ist, trat er das Schlimmste zu. Der Advokat führte die Vertheidigung von vier Frauenzimmern, die man wegen Nachtwandelns verhaftet hatte. In breiten Worten schläerte er seine Klientinnen als verfolgte Unschuld und stellte dann den Autog, einen Aufschub von mehreren Tagen zu gewähren, doch wollte der Richter die Verhandlung nur um 24 Stunden verschieben. Advokat Storts geriet darüber in furchtbare Wuth, erklärte die Entscheidung für ungerecht und begann dann, den Richter zu beschimpfen, während er mit einem Revolver wild umherfuchtelte. Richter Peabody nahm nun auch sein Schießisen zur Hand und rief den Polizeidienstern zu, den Gewaltthärtigen hinauszuführen. Die Ordnungswächter schlugen sich eine Weile mit dem wütenden Advokat herum, ehe es gelang, ihn zu entwaffnen und zur Abfahrt hinter Schloss und Riegel zu setzen. Dann verhönte der Richter die vier Mädchen zu schwerer Geldbuße. Am Abend hatte die stürmische Gerichtsszene noch ein Nachspiel. Richter Peabody wurde auf dem Heimweg von zwei Männern, vermutlich guten Freunden des eingesetzten Advokaten, hinterdrückt und mit kräftigen Fausten bearbeitet. Es würde ihm schlimm ergangen sein, wenn nicht auf seine Hülferei ein Polizist herbeigeeilt wäre. Die Angreifer entluden.

Literarisches.

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 14. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor:

Der Fall Delbrück. — Partei und Gewerkschaft. Von R. Kantsky. — Zur Zusammenbruchstheorie. Von Heinrich Cuvon (Schluß). — Ein deutsches Frauenbuch. Von Clara Bettin. — Der rote Mann und der weiße. Von Julius Schwartz. — Literarische Randschau. — Feuilleton: Ästhetische Streitsätze. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

„Ja, das sind wir!“ rief sie jubelnd, indem sie ihn küßte und sich an ihn schmiegte.

„Was aber sagst Du dazu, Mariechen, daß ich in wenigen Tagen auf zwei oder drei Monate verreisen werde?“

„Nach Kopenhagen?“ fragte Marie, „darf ich mit?“

„Nein, nach Frankreich, vielleicht auch einen Abstecher nach Rom!“ sagte der Doktor.

„Zuviel hing sich Marie laut schluchzend an seinen Hals und flehte ihn an, sie mitzunehmen.

„Diesmal nicht, liebes Kind!“ antwortete der Doktor. „Du gehst ja ohnehin in den Konfirmationsunterricht; ein andermal sollst du mich begleiten. Du wirst sehen, was für ein schönes seidenes Kleid und sonstigen Kramstrams ich dir aus Frankreich mitbringen werde; und wenn ich wieder zurückgekehrt bin, darfst du mit mir zu Filia reisen. Willst du nun zufrieden?“

„Ja, dann ist Alles gut!“ rief sie jubelnd, „das heißt ich werde freilich nicht froh werden, als bis du wieder da bist.“

Der Doktor blinzelte wieder mit den Augen, als er nochmals seinem Pflegelechterchen einen Kuß geben wollte. Einige Tage später lange Filias reizendes Bild, das vom Ringsee, an, von einem Brief Storms begleitet, in welchem derselbe dem Doktor unter allerhand Drohungen auf's Gewissen band, behutsam mit dem Bilde umzugehen, damit denselben auch nicht „ein Haar gekrümmt“ werde. Dann bestürzte er ihn mit Fragen, was er denn eigentlich mit dem Bilde anfangen wolle, er könne es nicht begreifen.

(Fortsetzung folgt.)